

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7874.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 jeile ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 17. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zum Sessionschluß in Frankreich.

Paris, 14. Juli. (Fig. Ver.)

Die erste Session der neuen Legislatur hat nur sechs Wochen gedauert. Sie ist, wie jede Sommer-Session, am Vorabend des Nationalfestes, des 14. Juli, geschlossen worden. An gesetzgeberischen Leistungen ist sie desto ärmer, als die neue Kammer sich vor allem mit den Mandatsprüfungen zu befassen hatte.

Neben dem Votum der guten alten vier direkten Steuern für 1903 und einer Reihe von Nachtrags-Krediten ist nur noch zu verzeichnen das Gesetz über die Konversion der 3/4-prozentigen Rente in die 3-prozentige, die sich auf ein Schuldkapital von 6 Milliarden 782 1/2 Millionen erstreckt, was den bedrückten Staatsfinanzen eine jährliche Ersparnis von 32 Millionen einbringt. Und was den Senat betrifft, so hat er seinerseits die erste Lesung der Gesetzesvorlage über die zweijährige militärische Dienstzeit, die von ihm zuerst beraten wird, nach dem Votum der freilich entscheidenden ersten Artikel abgedruckt.

Immerhin gestattet die sechswohentliche Präliminararbeit der neuen Legislatur ein Urteil über die Tendenzen der neugewählten Kammer und des neuen Ministeriums.

Die kurze Zeitspanne hat genügt, um der in den Neuwahlen siegreichen Mehrheit einen festen politischen und sogar organisatorischen Zusammenhang zu geben. Im französischen parlamentarischen Leben ist das eine ganz neue Erscheinung. Bisher pflegte sich das chaotische Parteienwesen Frankreichs gerade im Beginn jeder Legislatur besonders launenhaft auszuleben. Die häufigen meist zweck- und nutzlosen Ministerkrisen waren nur der äußere Ausdruck des stets schwankenden Gleichgewichts der Parteigruppierung mit seinen Zufallsmehrheiten, die oft genug innerhalb einer und derselben Sitzung entgegengesetzte Beschlüsse ergaben. Die „richtige“ Regierungsmehrheit war der vergeblich gesuchte Stein der Weisen. Und stellte sie sich nach langem ziellosen Probieren und Kombinieren endlich ein, so nur entweder deshalb, weil mit dem gegebenen ministerfähigen Personal keine neuen Kombinationen mehr versucht werden konnten, oder deshalb, weil die kritische Lage die Portefeuille-sucht der Coalition-Intermittenten abstumpfte. So hat die Legislatur 1893—1898 in ihrer ersten Hälfte fünf Ministerien verbraucht, ehe sie mit dem Kabinett Méline ins Gleichgewicht kam. Und wenn die verflochtenen Legislatur nach zwei kurzlebigen Anfangs-Kabinetten die dreijährige Dauer des Ministeriums Waldeck-Rousseau gesichert hat, so ist das der ausnahmsweisen politischen Situation und nicht zum mindesten dem persönlichen Regierungstalent des Ministerpräsidenten zuzuschreiben. Dadurch wurde zwar eine organische Veränderung des Parteienwesens im Sinne einer festen Gruppierung angebahnt, aber als fertiges Resultat der Waldeck-Rousseau'schen Regierungslust konnte sie desto weniger gelten, als jener Künstler im letzten Jahre seiner Regierung sich regelmäßig abwechselnd auf zwei verschiedene Mehrheiten stützte.

Daher kommt es, daß beim Zusammentritt der neuen Kammer die siegreiche Linke das Wiedererleben des alten Partei-Wirrwarrs befürchtete, während die unterlegene Rechte daselbe erhoffte, um im Trüben fischen zu können. Selbst die im Wahlkampf im großen ganzen eingehaltene frühere Schlichtordnung der Parteien („Die Ministerliste, die Antiministerliste“) änderte nur wenig an den Befürchtungen der einen und den Hoffnungen der andern. Es wäre ja nicht das erste Mal gewesen, daß die Parteistellung des Deputierten diejenige des Kandidaten verleugnet hätte. Man erinnert sich noch der in jedem andern Lande unmöglichen Zeitungspolemiken über das ziffermäßige Ergebnis der Wahlen. Und alle Welt stimmte darin überein, daß die neue Mehrheit erst durch sachkundige Drillmeister zusammengeführt und zur Regierungsfähigkeit erzogen werden müßte.

Letzteres scheint nun in der kurzen Session bereits gelungen zu sein. Und zwar sind die Drillmeister aus der Mehrheit selbst hervorgegangen, nicht etwa aus der Regierung, was den Erfolg am besten verbürgt. Die vier Mehrheitsgruppen bilden ein festes Kartell, das bereits in entscheidenden Fällen sich bewährt hat. Das Organ des Kartells sind die von jeder Gruppe gewählten Delegierten, die im Namen der gesamten Mehrheit beschließen und handeln. Daneben hat sich jede einzelne Gruppe mehr oder minder fest organisiert und auf ein bestimmtes Programm verpflichtet bzw. mit der Ausarbeitung eines Programms beschäftigt. Andererseits ist die Regierung in der Person des Ministerpräsidenten auf dem besten Wege, mit den bisherigen Heberlieferungen zu brechen und, anstatt die Beherrscherin der Mehrheit zu sein oder zu spielen, ihre Helferin, ihr treues Werkzeug zu sein.

So weit, so gut. Die erste Bedingung einer gedeiblichen Thätigkeit der neuen Mehrheit, ein fester Zusammenhang und ein einheitliches Willensorgan, ist also gegeben. In welcher Richtung aber wird sich der einheitliche Wille betätigen und wie weit geht seine Wirksamkeit?

Auf diese Frage giebt die erste Session keine bestimmte Antwort, abgesehen von der sicheren Verschärfung der unter dem früheren Ministerium begonnenen antiklerikalen Aktion. In der That, die vier Mehrheitsgruppen haben, ebenso wie die aus verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte Regierung, einen wirklich einheitlichen Willen nur in Bezug auf den Antiklerikalismus. Schon in der Frage der Steuerreform ist die Mehrheit ebenso gespalten wie die Regierung. Das Votum der bezüglichen Tagesordnung Jaurès — dessen Einstimmigkeit allein übrigens schon seine Bedeutung verringert, indem tabiate Gegner der Steuerreform gemäß einem üblichen ordinären Manöver dafür stimmten — verpflichtet ja die Regierung auf nichts andres als auf dieselbe verschwommene Formel, die bereits in der ministeriellen Deklaration enthalten war. Nur daß jene Tagesordnung noch den selbstverständlichen

Vorbehalt macht, die kommende Regierungsvorlage umändern zu dürfen. In dieser Frage hat eben Finanzminister Rouvier das Heft in der Hand, und von ihm ist mit Sicherheit eine Verhinderung der Steuerreform zu erwarten. Ebenso wird ihm die bedrückte Finanzlage den erwünschten Vorwand bieten, die Einführung der Altersversorgung und andre Socialreformen auf die lange Bank zu schieben.

Einen reformfreundlichen Gegenruck aber seitens der gesamten Mehrheit zu erwarten — wessen Jaurès sicher ist —, dafür fehlt jeder Anhaltspunkt. Ich meine, wenn die regierungsfreundlichen Socialisten wegen des Antiklerikalismus und der Reformen sich dem republikanischen Kartell anzupassen für nötig halten, warum sollen dann die rechtsstehenden Elemente dieses Kartells nicht ihrerseits auf die Fortdauer des scharf antiklerikalen Ministeriums die Socialreformen in den Hintergrund schieben? Ja, es hat allen Anschein, daß der Antiklerikalismus unter dem Kabinett Combes zu derselben Rolle sich auswaschen dürfte, welche die „republikanische Verteidigung“ unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau gespielt hat — zur Rolle eines Dignablenkers gegen Ministerkrisen und wirkliche, ganze Reformen. Die Clerikalen sorgen ihrerseits dafür sehr eifrig durch ein berechnet übertriebenes Gezeiter über die bloße Anwendung des Vereinsgesetzes, als ob es den Mönchsorden an Hals und Kragen ginge.

Die Mandatsprüfungen haben übrigens deutlich genug gezeigt, daß das antiklerikale Empfinden der Mehrheit ebenso kein entwickelt, wie ihr demokratisches, antikapitalistisches Empfinden abgestumpft ist. Sie hat mehrere Wahlen wegen clerikaler Beeinflussung der Wähler beanstandet (einer parlamentarischen Enquete interworfen), aber nur eine einzige kapitalistisch korrupte Wahl lösterte, die des Grafen Castellane, einer der drei in diese Kammer auf einmal gewählten Mitglieder, die dort amerikanischen und sonstigen Geldheiraten sich ein gesetzgeberisches Mandat erkauft haben. Der zweite der Brüder wurde dagegen, wenn auch nur mit 4 Stimmen Mehrheit, als Gesetzgeber zugelassen. Vollends der unternehmerische Wahltrieb ließ die Mehrheit stets ganz kalt, trotz der erdrückenden Beweise und trotzdem es sich um tabiate Clerikale und Nationalisten handelte.

Aber selbst zugegeben, daß die Mehrheit und das Ministerium mehr halten werden, als sie versprechen, so lag doch für die ministeriell-socialistische Fraktion kein Grund vor, sich mit den bürgerlichen Republikanern zu einem organischen Ganzen zu vereinigen, was sie selbst unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau nicht gethan hat. Kein Grund, wenn man nämlich von der bewußt-sequenquenten Befolgung und Weiterentwicklung der ministeriell-socialistischen Taktik absieht, der Taktik der intimen Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Demokratie, der Taktik der Verwischung des Klassen Gegensatzes. Diese Taktik, die principieel mit und ohne socialistischen Minister genau dasselbe ist, bildet für ihre Befolger allerdings einen hinreichenden Grund, im Parlament und in der Presse als Anhängel oder meinetwegen — als Vorhut des bürgerlichen Kartells und seines Ministeriums zu wirken.

Politische Heberfrist.

Der letzte Hunnenprozeß.

Aus Hunderten von Soldatenbriefen, aus Tausenden von Zeitungsmittellungen, gegenüber den schweren Beschuldigungen, die gegen die deutsche Kriegsführung in China von dem französischen Oberbefehlshaber General Voiron und noch neuerdings im englischen Parlament öffentlich erhoben wurden, hat der preussische Kriegsminister ganze drei Zeugnisse ausgewählt, um an ihnen die Reinheit des deutschen Verhaltens gerichtlich zu erhärten: Ein kurzes Telegramm einer englischen Agentur, einen Soldatenbrief des „Vorwärts“ und einen Soldatenbrief, den der „Vorwärts“ aus der „Schwäbischen Tagwacht“ übernommen hatte. Angeklagt wurden wegen dieser drei Zeugnisse drei Redacteure des „Vorwärts“. Das Telegramm — so wurde gerichtlich festgestellt — berichtete in der Hauptsache die Wahrheit, ein nebensächlicher Umstand war ungenau dargestellt, im ganzen war der gerichtlich festgestellte Thatbestand noch schlimmer als es nach dem Telegramm schien — Urteil: sechs Monate Gefängnis! In dem ersten Soldatenbrief bezichtigte sich der Verleumdung selbst schändlicher Handlungen. Ein umfangreicher Beweis-antrag wurde angeboten, aber von allen gerichtlichen Instanzen abgelehnt — Urteil: sieben Monate Gefängnis! Für den zweitverwähnten Soldatenbrief wurden im Vorverfahren Beweiserhebungen angestellt, die die Richtigkeit der behaupteten That-sache ergaben — Urteil: vier Monate Gefängnis, wegen nicht erwiesener wahrer Thatfachen, unter welchen „Thatfachen“ die zwischen den Zeilen hineingelesenen Interpretationen des Staats-anwalts zu verstehen sind.

So dürftig also das Anklage- und Meinungs-material war, so ergiebig war der gerichtliche Strafserfolg. Und obwohl nichts, gar nichts Entlastendes für die deutsche Kriegsführung, dagegen recht viel Belastendes festgestellt wurde — die Anklage der Pflicht, der Humanität und der Wahrheit zu dienen, wurde mit 17 Monaten Gefängnis bestraft. Drei Redacteure des „Vorwärts“ wandern ins Gefängnis — die Geschichte wird die Superrevision dieser preussischen Justizorgane vornehmen!

Am Mittwoch wurde in Moabit der letzte Hunnenprozeß gegen den „Vorwärts“ verhandelt. Genosse Schröder sah diesmal auf der Anklagebank. Es handelte sich um einen unserem Stuttgarter Parteiorgan entnommenen Soldatenbrief, der nur Thatfachen berichtete, so u. a. die unter Anklage gestellte, daß auf einem Marsch von einem Trupp chinesischer Gefangener eine Anzahl niedergestochen seien. Ueber die Motive dieser Massenerschießung enthält der Brief nichts. Der „Vorwärts“ hatte ihn ohne Kommentar abgedruckt und seine

Aktion in der Heberfrist zusammengefaßt: „Milde Kriegsführung.“

In dem Vorverfahren wurde von den vernommenen Soldaten die Thatfache zugegeben; es ist das Gegenteil die Wahrheit, wenn der Thiele'sche Gerichtsbericht meldet, die Zeugen hätten den Angeklagten im Stich gelassen. Als Motiv und Entschuldigung ihrer Handlungsweise hatten die Soldaten erklärt, die Gefangenen hätten trotz Verwarnung fliehen wollen, darum seien sie niedergestochen worden, weil man nicht durch Schüsse den Feind aufmerksam machen wollte. Der „Vorwärts“ hatte, wie gesagt, über die Motive nichts gewußt und nichts gesagt und nur die Thatfache selbst als Zeichen einer nicht milden Kriegsführung mitgeteilt.

Während in Stuttgart der Staatsanwalt keinen Anlaß fand einzukreiten, wurde in Berlin das Verfahren eingeleitet. Freilich wußte der Staatsanwalt nicht, auf Grund welches Paragrafen sich prozessieren ließe: erst fragte er auf Grund des § 185 (formale Verleumdung), dann aus § 186 (unwahre Thatfachen).

Die Vorvernehmung der Zeugen befestigte so durchaus die Richtigkeit der Angaben des Briefes, daß in der Verhandlung am Mittwoch der Angeklagte auf jede Beweiserhebung verzichtete; er nahm eben an, daß auch das Gericht von der Richtigkeit der gemeldeten Thatfachen überzeugt war. Am entwickelste sich ein erlaunliches Verfahren. Der Staatsanwalt bewyete den Verzicht auf Zeugenvernehmung, um schlechtweg zu behaupten, es sei also festgestellt, daß die behaupteten Thatfachen erlogen und nicht beweisbar seien. Durch diese schöne Rechnung machten der Angeklagte und sein Verteidiger sofort einen dicken Strich. Sie stellten jetzt nach der Rede des Staatsanwalts den formellen Antrag, die Wahrheit der angeführten Thatfachen durch Zeugenvernehmung festzustellen. Das genügt, um nun alsbald auf Staatsanwalt und Gerichtshof zu beharren; auch sie unterstellten jetzt die behaupteten Thatfachen als wahr und lehnten deshalb den Beweis-antrag als überflüssig ab.

Wie aber ist es möglich, daß Genosse Schröder, nachdem die in dem Brief behaupteten Thatfachen als richtig zugegeben wurden, dennoch wegen nicht erwiesener wahrer Thatfachen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde? Das scheint ein unübliches Rätsel. Aber für ein preussisches Gericht wird in der Regel das Ungläubliche Ereignis und das Unbeschreibliche gethan. Schröder wurde wegen der nicht erwiesenen wahren Urteile und Motive verurteilt, die der Staatsanwalt in den Brief hineingelegt hatte, aus der Fronte aber die „milde“ Kriegsführung heraus, der „Vorwärts“ hätte behauptet, die Soldaten hätten aus purer Roekluft die Chinesen niedergestochen usw. Die Verurteilung erfolgte also nicht wegen der Behauptung falscher That-sachen, sondern wegen irriger Behauptungen des Staatsanwalts über das, was durch den Abdruck des Briefes bewiesen werden sollte.

Unser ganze Artikel hatte sich darauf beschränkt, die Kriegsführung, bei der Gefangene niedergestochen wurden, für nicht mild zu erklären. Hätten wir den Thatbestand gekannt, wie er durch die vorgerichtliche Zeugenvernehmung festgestellt wurde, so hätten wir uns schwerlich so laut ausgesprochen; denn der Thatbestand ist wiederum noch schlimmer, als es uns schien. Jene Gefangenen nämlich, die niedergestochen wurden, als sie in der Angst zu fliehen versuchten, waren gar keine Soldaten oder Boyer — sondern arbeitslose Zivilpersonen. Ein solches Verfahren gegen Zivilpersonen ist aber nicht nur keine milde Kriegsführung, sondern es verstößt gegen die Grundsätze der Kriegsführung, wie sie auf dem Haager Kongreß anerkannt und beschloffen wurden.

Als man den Chinazug begann, schrien die staatsbehaltenden Organe, die gelbe Pest müsse schonungslos ausgerottet, Gardon dürfe den Chinesen nicht gegeben werden — zwei Jahre darauf wird ein Redacteur zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er es für keine milde Kriegsführung hielt, daß chinesische Zivilisten, die gefangen mitgeschleppt wurden, wegen angeblichen Plünderversuchs einfach niedergestochen wurden.

Die „Kriegs-Zeitung“ erklärte es nützlich für heiligste Patriotenpflicht, Mißbräuche und Grausamkeiten in der Kriegsführung unerschrocken aufzudecken — für heiligste Patriotenpflicht allerdings der Amerikaner. In Deutschland gilt feiges Verstecken und Verschönigen für höchste Tugend, der Wahrheitsmuth für verbrecherische Vaterlandslosigkeit!

Die neueste Blamage des bayerischen Centrums.

Aus München wird uns mit dem 15. Juli geschrieben:

Der großen, von der ultramontanen Presse mit so außer-gewöhnlichem Phrasenschwall angezündete Angriff des Centrums auf das Gesamtministerium endigte heute mit einer totalen Blamage der christlichen Worthelden. Der Ministerpräsident erklärte, Landmann sei wirklich krank und deshalb habe man ihn den erbetenen Urlaub nicht verweigern können. Der Arzene müsse die Entscheidung vorbehalten bleiben, ob dieser Urlaub den Vorläufer zum definitiven Rücktritt bilden solle. Der Abg. Dr. Schäbler (C.) meinte daraufhin mit Recht: Wahrlich, die Diplomatie bringt viel zu staude, daß sie aber auch diesen Gipfel der Raivität erklimmen konnte, hätte ich nicht gedacht! Und trotzdem man also den Wert der Erklärung des Ministers richtig erkannte hat, gab sich das Centrum damit zufrieden. Daran wird auch nichts dadurch geändert, daß Dr. Schäbler wieder einmal mächtig gegen die unehrenhaften Thatgebe der Arzene und die Geheim-lauzelei domerte. Der ultramontane Heber bezeichnete auch sehr richtig den ungeheuerlichen Zustand, daß der Landtag das Haushaltsbudget bewilligen soll, ohne zu wissen, wer es verwaltet wird. Aber zu der Erklärung, die nun am nächsten Tag, daß man unter solchen Umständen nicht in die Beratung des Staats eintreten werde, konnte sich der Centrumsdiplomaten

nicht ausschwingen. Dieses blamable Verhalten der „ausgeschlaggebenden“, der Majoritätspartei, gab dem Genossen Segis Anlaß zu einigen, von heftigem Sarkasmus erfüllten Bemerkungen. Unter der stürmischen Heiterkeit der Linken, der Tribünen und auch der Minister hielt er dem Centrum vor, wie hinter dem leeren Theaterbühnen großer Worte jede Fähigkeit und jeder Wille zu einer wirklichen Tat fehle. Besonders fehle der Mut, die in der Geheimkanzlei des Regenten etablierte Nebenregierung einmal anzuknüpfen. Die Socialdemokraten seien gern bereit, die Regierung zu stützen und das Budget abzulehnen; aber dazu habe das Centrum keinen Mut, das sich somit vor dem ganzen Lande lächerlich mache. Auch der Bauernbündler Dr. Gäh erklärte sich zur Verweigerung des Budgets bereit. Das Centrum aber stürzte diese Provolationen ruhig ein und der ultramontane Präsident Dr. v. Orterer erklärte, die Angelegenheit ist jetzt erledigt.

Das Centrum befindet sich jetzt in der denkbar schlimmsten Situation; es ist nicht nur unterlegen, sondern es hat sich lächerlich gemacht, wie noch niemals zuvor. Und das dankt es vornehmlich seiner eignen, offiziellen Presse, deren Sturmgeschrei bei den christlichen Wählern die lächerlichsten Hoffnungen geweckt hatte. Dabei bestand aber bei den Führern des Centrum von Anfang an die Absicht, nichts Ernstliches gegen das Ministerium zu unternehmen. Denn während noch gestern die ultramontane Presse sich in den lächerlichsten Tiraden erging, hat bereits am Sonntag der Abg. Lerno, einer der klügsten Männer des Landtags-Centrum, in Amberg eine Rede gehalten, aus der wir folgende interessante Stelle entnehmen:

„Doch der neue Minister den Liberalen wieder mehr gefügig sein wird, läßt sich ahnen. Und da kommt zunächst das so wichtige Schuldentilgungsgesetz in Betracht. Man weiß noch nicht, ob das Schuldentilgungsgesetz in Kraft tritt. Das Gesetz ist von dem Landtage angenommen, aber noch nicht sanktioniert. Man kann da leicht an das bekannte, hier zu variierende Wort denken und fragen, ob dem Mantel wohl der Herzog nachfallen wird. Wenn dieses Gesetz fallen sollte, in welchem es uns gelungen ist, Vorsorge zu treffen, daß die Einkünfte sich nicht weiter ausdehnen werden, dann glaube ich von dieser Stelle aus offen aussprechen zu dürfen: das ist das Zeichen zum Sturm. Das könnte sich die Majorität des Landtages nicht bieten lassen, und man möchte dann mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen vorgehen. Darum dürfen Sie sich verlassen, wenn etwas geschieht, was unsren Prinzipien zuwiderläuft, dann werden wir im September 1903 wieder auf den Plan sein, und wir werden es uns nicht verdrängen lassen, energisch das zu thun, was unsre Pflicht ist.“

Herr Lerno weiß natürlich ganz genau, daß das Schuldentilgungsgesetz — leider — von der Regierung sanktioniert wird. Aber er wußte auch genau, wie der große Feldzug des Centrum gegen die Regierung ausgehen würde und er bemühte sich, die Aufmerksamkeit des Volkes von der bevorstehenden Wamagabzulenken, in dem er eine gar nicht bestehende Gefahr an die Wand malte.

Deutsches Reich.

Parlamentarische Verhältnisse.

Der „parlamentarische Berichterstatter“, der einige freimütige und konservative Zeitungen mit seinen „Mitteilungen“ speist, fährt fort, den Faden einer angeblichen Uebereinkunft zwischen den Mitgliedern der Mehrheit und den Socialdemokraten über Gestaltung der Geschäftsordnung fortzuspinnen. Jetzt liest er seinen Arbeitgebern folgende Erzählung auf:

Zwischen Mitgliedern der Mehrheit der Zolltarif-Kommission und den socialdemokratischen Mitgliedern hat ein Gedankenaustausch ohne Verbindlichkeit über die Frage der Einführung einer neuen Geschäftsordnung stattgefunden. Als Ergebnis ist zu vermerken, daß es vorläufig zur Einführung von Abänderungen in der Geschäftsordnung nicht kommen wird. Die Rechte will zum Aushalten noch nicht greifen, weil man hofft, daß die socialdemokratischen Abgeordneten ihre Redelust etwas eindämmen werden. Abgesehen vom Abg. Stadthagen beschließen sich die übrigen Socialdemokraten auch schon einer gewissen Kürze. Die Socialdemokraten werden zwar noch wie vor bei ihren Anträgen und Reden für Zollfreiheit bleiben, diese aber nicht über Gebühr hinausziehen. Das Mittel der Obstruktion will man erst im Plenum anwenden, um an dieser Stelle den Tarif zu stützen. Es muß gesagt werden, daß Änderungen der Geschäftsordnung trotz aller Obstruktion nicht unmöglich geworden wären, denn selbst freisinnige Abgeordnete haben sich über die unnütze Zeitvergeudung mißlieblich ausgesprochen.

Wir sind ermüdet, die in dieser Mitteilung aufgestellten Behauptungen als von Anfang bis zu Ende unwahr zu erklären. Von Kommissionsmitgliedern wird uns mitgeteilt:

Der Verbreiter dieser unwahren Behauptungen über Änderung der Geschäftsordnung, Anstimmung der Socialdemokratie u. dergl. schwindelt. Die Socialdemokraten sind bislang ihrer Tatkraft, sachlich, gründlich und schnell“ durchaus treu geblieben und haben nicht die geringste Veranlassung, von ihr abzuweichen. Daß die sachliche Art ihrer Darlegungen den Zuhörerfreunden unangenehm ist, ist zutreffend. Gerade das Sachliche und die Unmöglichkeit, ihre sachlichen Ausführungen widerlegen zu können, kränkt sie. Das zeigte sich insbesondere bei den Reden des Abg. Wandert. Unter Bezugnahme auf eine dieser Reden äußerten vor etwa einer Woche zwei Mitglieder der Mehrheit in einem Privatgespräch mit Stadthagen, die Mehrheit würde wohl auf Änderung der Geschäftsordnung durch Kürzung der Redezeit und dergleichen hinwirken. Stadthagen erwiderte den Herren, sie könnten doch nicht leugnen, daß Wandert streng sachlich vorgehe, jeder Versuch, die Rechte der Minderheit noch mehr zu beschneiden, würde zu Gegenmaßnahmen führen. Die Socialdemokraten müßten es sich entschieden verbitten, ihnen Vorschriften über die Art ihrer Reden zu machen. Wenn längere Reden gehalten würden, so läge das daran, daß nicht zusammengehörige Tarifnummern zusammengezogen würden, um den Gegnern des Tarifs die Reden physisch zu erschweren. Ferner trage die fortwauernde Schlussmacherei zweifellos zur Verlängerung von Reden bei. Es sei selbstredend, daß mit Rücksicht auf solche Schlussmacherei der Begründer des Antages auf Zollfreiheit hier und da etwaige Einwürfe werde behandeln müssen. Völlig verkehrt sei es, Wandert einen Vorwurf daraus zu machen, daß er „3 Stunden und 33 Minuten“ geredet habe. Diese 3 Stunden und 33 Minuten verteilten sich auf 13 Anträge, so daß auf die Begründung jedes so wichtigen Antrages nur etwa 16 Minuten fallen. Daß Wandert streng sachlich rede, könnten sie doch nicht leugnen, wenn sie auch nicht mit ihm einverstanden seien. Bei diesem Privatgespräch äußerte ein Mitglied der Tarif-freunde: Die freisinnigen würden auch einer Änderung der Geschäftsordnung sich nicht widersetzen. Stadthagen erwiderte, das glaube er nicht, übrigens sei ihm das gleichgültig; wolle ein freisinniges Mitglied sich blamieren, so siehe es ihm frei. An der Ausübung ihrer Pflicht ließen sie sich durch niemand hindern.

Dieses an sich völlig unverbindliche Privatgespräch mag der „parlamentarische Berichterstatter“ aufgeschrieben haben und auf Grund desselben seine Enten haben fliegen lassen. Wenn er es jetzt so darstellt, als habe sein Rat auf die Socialdemokraten Eindruck gemacht, so ist seine Behauptung zu dumm, um nicht zu verdienen,

niedriger gehängt zu werden. Daß Mitglieder der Mehrheit eine Beeinträchtigung der Rechte der Minoritäts-Mitglieder wünschen, ist nichts neues. Gegen etwaige Versuche nach dieser Richtung in der Kommission oder im Plenum wird es an Gegenschlägen nicht fehlen. Inzwischen hat der Mitglieder der Socialdemokratie hat von Anbeginn an das vollste Einverständnis geherrscht.“

Pöbelski als „Anti-Agrarier“. Auf seiner Informationsreise in Ostpreußen hat der famose Landwirtschaftsminister v. Pöbelski den Agrariern eine furchterliche Standrede gehalten. Sie sollten nicht immer nach dem Staate schreien, sie sollten ihre Landstrassen verbessern und nicht am alten Hof festhalten.

„Vierhundert dreißig Centner Kartoffeln prozieren zu fahren. Hüten Sie sich, in die Fußstapfen der Socialdemokratie zu treten und imperative Mandate zu erteilen, halten Sie treu zu Kaiser und Reich, wie Ihre Vorfahren es gethan, auch wenn Sie glauben, daß die Regierung Ihnen nicht alles nach Wunsch macht. Wiltten Sie sich nicht ein, daß die Regierung auch nur einen Pfifferling nachgibt.“

Der Schäfer! Scheint so tapfer gegen die Agrarier und will ihnen keinen Pfifferling mehr Roll geben, nachdem er ihnen die Hölle harrenweise zur Verfügung gestellt hat.

Man sträubt sich, den Keimen Finger zu geben, nachdem man die ganze Hand dargereicht. Deshalb aber wird die Regierung dem Volk nicht weniger agrarisch erscheinen. Und die Agrarier werden überseits die Felder nicht traglich nehmen; er redet scheinbar Galle und spendet ihnen augenzwinkernd Honig.

Beleidigung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen.

Eine Nummer unseres Augsburger Bruderorgans, der „Augsb. Volksztg.“, ist kürzlich unter eigenartigen Umständen konfiszirt worden. Das Blatt hatte eine Besprechung über ein Buch „Betrachtungen über Majestäten und Majestätsbeleidigungen in der römischen Kaiserzeit von H. J. Kuhn“ gebracht, in der von dem Amtsgericht Augsburg ein Verstoß gegen den § 131 des R.-Str.-G.-B. erblickt wurde, weshalb die Beschlagnahme der betreffenden Nummer angeordnet wurde. Der Beschluß des Amtsgerichts Augsburg, der diese Konfiskation motiviert, enthält folgende interessante Ausführungen:

§ 131 R.-Str.-G.-B. bedroht denjenigen mit Strafe, der wissentlich erdichtete oder entstellte Thatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsanordnungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Der Artikel verfolgt diesen Zweck. Seine ganze Tendenz geht dahin, die Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches über Majestätsbeleidigung, also ein von der Obrigkeit verfassungsgemäß erlassenes Gesetz, eine Staatsanordnung und die Anwendung dieses Gesetzes als eine der größten Greuel aller Zeiten, der später jedermann verständlich sein werde, hinzustellen, und ihn dadurch verächtlich zu machen, bezugnehmend auch das sogenannte „Gottesquandentum“, d. h. mit andern Worten die Erbmonarchie, wie sie in den deutschen Staaten besteht. In Verfolgung dieser Absicht werden auch Thatsachen wissentlich entstellt. So findet sich gleich in der Einleitung des Artikels folgende Stelle: „Niemand wird denn auch mehr darüber im Zweifel sein, daß nur zu einer Zeit des schlimmsten Verfalls, der tiefsten Erniedrigung solche Organe des Gottesquandentums möglich gewesen sind.“ Diese Worte bilden keineswegs nur eine scharfe Kritik unserer heutigen politischen Zustände, sie bilden keineswegs ein bloßes abfälliges Urtheil, eine Meinungsäußerung. Die Worte „solche Organe des Gottesquandentums“, womit die Majestätsbeleidigungen gemeint sind, beziehen sich auf bestimmte konkrete Vorgänge, auf Thatsachen.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Beschluß sich nicht aufrecht erhalten lassen wird. Ueberdies doch die juristischen Ritzsteine des Amtsgerichts alles bisher in dieser Beziehung Dagegewesene. Zunächst ist es geradezu unglücklich, anzunehmen, daß die Besprechung eines Werkes, das von den Majestätsbeleidigungen der römischen Kaiserzeit handelt, die heutigen Majestätsbeleidigungen im Auge haben soll. Der vom Amtsgericht citirte Satz beweist gerade, daß von Majestätsbeleidigungen im historischen Zusammenhange gesprochen wird. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, wenn thatsächlich die heutige Majestätsbeleidigungstheorie und die heutige Erbmonarchie gemeint gewesen wären, so ließe sich gegen diese Kritik noch keineswegs der § 131 ins Gesicht führen. Denn eine derartige Kritik ist durchaus zulässig, fallen doch bloße allgemeine Kritiken und Urtheile über politische, sociale usw. Verhältnisse, die sich nicht auf konkrete Vorkommnisse, sondern auf Beobachtungen und Erfahrungen gründen, nach den verschiedenen Erkenntnissen des Reichsgerichts nicht unter den § 131 des Strafgesetzbuchs. Besonders naiv ist die Ansicht des Augsburger Amtsgerichts, daß an dem „Gottesquandentum“, der Erbmonarchie keine Kritik geübt werden dürfe. Wäre das der Fall, so wäre ja der völlig neu hinzugesetzte Passus des § 130 des Strafgesetzbuchs, wie ihn die berichtigte Minister-Vorlage vorsch, vollständig überflüssig gewesen. Dieser Passus lautet belamlich:

„Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.“

Wäre der § 131 so allgemein behubar, wie ihn das Augsburger Amtsgericht auffaßt, so wäre das Anstörzgesetz ja eine thörichte Verschärfung des allumfassenden § 131 gewesen.

Es ist besonders bedauerlich, daß es gerade ein bairisches Gericht ist, das diesmal so hypermonarchisch empfindet und versucht hat, dem § 131 jene Elastizität zu verschaffen, die den Groben Unflug-Paragrafen zu einem so berichtigten Konstrukt gemacht hat.

Staatsanwalt und Hygiatler.

Der Wahlkreis Greifswald-Grünhagen bietet nicht nur ergötzliche Gelegenheiten zum Studium, wie seitens des Landrats und seiner „Unterthanen“ Gottesfurcht und fromme Sitte bei den Wahlen propagirt wird — sondern man kann dort auch den heroischen Kampf bewundern, den die hervorragendste Stütze unseres herrlichen Staatswesens — der Staatsanwalt — führt, um die Nation vor der Verumpfung durch die medizinische Wissenschaft zu bewahren.

Dieser Kampf spielt sich in einer Anfang dieses Monats in Greifswald stattgehabten Schwurgerichtsverhandlung wieder.

Vor Gericht stand ein Mann, dessen bestialische Handlungen — er hat mehrere Knaben ertrudet — durch die Art und Weise, in der sie verübt wurden, schon von Anfang an erhebliche Zweifel an der geistigen Gesundheit und der Zurechnungsfähigkeit des Thäters hervorrufen mußten. Um die Frage der Zurechnungsfähigkeit handelte es sich vor allem bei der Prozeßverhandlung.

Es waren fünf medizinische Sachverständige geladen. Vier von den Gutachtern „halten es für ausgeschlossen, daß der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt hat“. Der fünfte Sachverständige war der Ansicht, „daß das Bewußtsein des Angeklagten in gewissem Grade getrübt gewesen ist“. Wie waltete der Staatsanwalt um seines Amtes? Die Anklagebehörde vertrat der Erste Staatsanwalt Herr Hübschmann, der gegen die sich auf die Gutachten stützende Verteidigung Stellung nahm, ansahete, daß in dieser Verhandlung wieder die „Ohnmacht des Rechtschutzes gegenüber der Wissenschaft“ gezeigt werden sollte und sich an die Geschworenen mit folgenden Worten wendete:

„Wenn Sie hinter die Frage, die vier Buchstaben nein schreiben, wird der Mann freigesprochen, und wenn Sie dann einmal wieder von einem Lustmord hören, dann werden Sie die Verantwortung fühlen.“

Die Jury sprach den Angeklagten schuldig und der Erste Staatsanwalt hatte die Genehmigung, daß die Geschworenen seiner Wertschätzung wissenschaftlicher Gutachten folgte.

Wenn das Beispiel des Greifswalder Staatsanwalts Nachfolge und vor allem Erfolg bei den Geschworenen findet, dann liegt die Gefahr nahe, daß Krankheiten als Verbrechen bestraft werden — ein Zustand, der an Barbarei nichts zu wünschen übrig lassen würde.

Es erscheint notwendig, daß der Justizminister diesen Prozeß zum Anlaß nimmt, um den seiner Aufsicht unterstehenden Staatsanwälten klar zu machen, daß Rechtschutzy und Wissenschaft — keinen Gegensatz bilden und daß der „Rechtschutzy“ nicht durch die „Wissenschaft“ bedroht ist — wohl aber durch die erstauuliche Wissenschaft, die in manchen Anstalten herrscht bezüglich der Einwirkung socialer und psychischer Zustände auf verbrecherische Handlungen.

Verbot polnischer Zeitschriften. Wieder ist eine polnische Zeitschrift verboten worden, die in Krakau erscheinende „Przeglad Wzschepolski“.

Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt, außer polnische Zeitschriften!

Die Annahme eines „milder schweren Falles“ scheint bei der Rechtspredung des Kriegsgerichts der dritten bairischen Division in Landau zu einer ebenso stehenden Rubrik zu werden, als die Annahme der belamnten „schmerzlosen Ohrenschmerzen“ bei den Entscheidungen der bairischen Kriegsgerichte. Als einen milder schweren Fall sah es dieser Gerichtshof nämlich dieser Tage an, daß ein Kammer-Untersoffizier einem Soldaten, der ihn höflichst um Abgabe eines Kinnriemens ersuchte, statt ihm einen solchen zu geben, mit einem Wandel Schuppenketten in das Gesicht schlug. Der Herr Untersoffizier, der sich so mutig benahm, versuchte es noch, den Hühndelken zu fassen, was ihm nicht gelang, indem er ihn zu bestimmen suchte, bei etwaigen Fragen nach seinem verschundenen Gesicht — der Mann hatte Hautabschürfungen davongetragen — anzugeben, er habe sich gestoßen. Und doch nahm das Gericht „einen milder schweren Fall“ an, den es mit 10 Tagen Mittelarbeit für hinreichend gesühnt erachtete. Ob's wohl auch „ein milder schwerer Fall“ gewesen wäre, wenn die Sache sich umgekehrt zugetragen hätte?!

Verärgerte Byzantiner. Als Prinz Ludwig von Bayern jüngst einen Abstecher von seinem Wohnsitz München nach dem Lande machte, aus dem vor etwas über hundert Jahren sein Urgroßvater als deponierter Herzog von Zweibrücken ausgewandert, da jubelten ihm, wie die Schmocks entzückt schrieben, „alle Herzen zu“. Besonders viel lieh es sich die Residenz der Gaardgrafen, wie man die pfälzischen Pfälzbarone respektvoll nennt, die Stadt Reimsdorf a. d. Gaardt kosten. Die Stadtverwaltung ließ bekannt machen — offenbar hielt sie eine kleine Nachhilfe für nötig, — daß wer zur Schmückung seines Hauses Guitanden von nöten habe, sich solche an bestimmten Stellen geben lassen könne, wovon man denn auch ausgiebig Gebrauch machte. Die „Festtage“ vergingen und kein Mensch dachte mehr an sie, als der Stadtschulmeister die Erinnerung hieran in unliebbarster Weise auffrischte. Dieser Tage erhielten nämlich alle guten Bürger, welche von der Stadtverwaltung Guitanden bezogen, gepfefferte Rechnungen hierüber zugestellt. Nun schimpfen unsre Byzantiner über den hohen Rat, der sie auf diese Weise hineingelegt hat, und einer von ihnen erklärte gar in einem Lokalblatt, daß die Bevölkerung, wenn man gewahrt hätte, daß die Geschichte bezahlt werden müßte, weniger verschwenderisch mit ihren Guitanden gewesen wäre!

Ausland.

Aus der englischen Arbeiterbewegung.

London, 13. Juli. (Eig. Bericht.)

Mr. George R. Barnes, der Sekretär der Engländer, erinnert in einem Artikel der „Clarion“ an die socialistischen Gedanken früherer Trades-Unionisten und macht folgende interessante Bemerkung: „In der Prinzipienklärung der Vereinigten Gewerkschaft der Engländer (Amalgamated Society of Engineers), die vor mehr als fünfzig Jahren geschrieben wurde, findet sich keine Spur von Einschränkung über die Grenzen des Trades-Unionismus. Dieses Dokument, das noch jetzt im Gebrauch ist, erklärt, der Zweck der Gewerkschaft sei der Schutz der Arbeiterinteressen, bis in der Gesellschaft irgend ein allgemeines Prinzip von Zusammenarbeit anerkannt werde, das jedem Menschen den vollen Nutzen der Früchte seiner Arbeit gewährleisten könnte.“ Das ist offenbar ein Rückblick der Chartistenbewegung.

Die liberale Partei ist sehr wachsam. Wie bereits mitgeteilt wurde, trat Genosse Philip Snowden von seiner Kandidatur in Ellitheron (Lancashire) zurück, um Mr. Shackleton, den Sekretär der Weber von Darwen, kandidieren zu lassen. Dieser wird von den Gewerkschaften und Genossenschaften unterstützt. Die Liberalen sandten sofort ein Schreiben an Shackleton und versprochen ihm ihre Hilfe. Nächste Woche schicken sie ihre besten Redner nach dem Wahlkreis, um den Arbeiterkandidaten zum Siege zu verhelfen. Auch um das erledigte Mandat in Nord-Leeds werden nur bürgerliche Kandidaten rügen, denn die armen socialistischen Organisationen können sich den leuten Luxus von Ersatzwahlkandidaten nicht gestatten.

Der Taff-Vale-Entscheid hat ein unerwartliches Nachspiel gehabt. Der eigentliche Prozeß, der zu diesem historischen Urteil den Anlaß gab, ist noch nicht zu Ende. Nur so viel steht bis jetzt fest, daß die Gewerkschaft als solche mit ihren Fonds für die Handlungen der Beamten verantwortlich ist. Angeklagt sind Mr. Richard Bell (Sekretär der Einbahnangestellten und Abgeordneter für Derby) sowie Mr. James Holmes (Organisator in Wales). Auf Anraten des Rechtsanwalts wurde der Prozeß gegen Bell von dem gegen Holmes getrennt. Es war selbstverständlich, daß die Gewerkschaft für die Kosten beider Prozesse aufkommen würde. Nun scheint es, daß die ungeheuren Kosten des Taff-Vale-Prozesses sowie der beanspruchte Schadensersatz von 20 000 Pfd. Sterl. (400 000 M.) eine gewisse Demoralisation in die Gewerkschaft gebracht haben. Denn zwei Sektionen der Eisenbahn-Angestellten, die von Liverpool und Southport, sprachen sich gegen die Bestreitung der Kosten im Prozeß Holmes aus und wandten sich an das Gericht mit dem Verlangen, die Exekutive der Gewerkschaft an der Zahlung dieser Kosten zu verhindern. Diese beiden Sektionen erhielten denn auch den gewünschten Einhaltsbefehl. Dies führte wiederum zu einem neuen Prozeß von Gewerkschaftlern gegen Gewerkschaftler. Prozeße sind in England sehr kostspielig, so daß die Arbeiter ihre Kosten erschöpfen werden. Und das war der eigentliche Zweck des Taff-Vale-Entscheids — die Gewerkschaften durch Civilprozesse zu schwächen. Mittlerweile muß für die Kostenbedeutung des Prozesses Holmes bei Gewerkschaften und Privaten gesammelt werden. Vielleicht findet sich gar ein philanthropischer Kapitalist, der einen Teil der Kosten auf sich nimmt, um so vor aller Welt zu dokumentieren, daß es keinen Klassenkampf giebt.

Der deutsche Leser kann aus diesen relativ unbedeutenden Vorgängen ersehen, mit welchen Schwierigkeiten der englische Socialismus zu kämpfen hat.

Aus den Geschäftsberichten, die die Fabier-Gesellschaft und die socialdemokratische XX. Century Press kürzlich veröffentlichten, geht hervor, daß der Proschürenverkauf im letzten Jahre beträchtlich zurückgegangen ist.

Ein sozialistischer Landarbeiter-Kongress, einberufen von der sozialistischen Partei Belgiens, wurde am Sonntag ins Rhod abgehalten. Dambursin, ein Landmann, verlas ein Referat und kam zu dem Schluss, daß die Partei bei ihrer Agitation auf dem Lande die gegenwärtigen Reformen ganz unberücksichtigt lassen müsse, daß sie den Kollektivismus als das einzige Mittel, das geeignet sei, die Agrarverhältnisse abzuwenden, zu empfehlen habe. Diese These wurde von Vandervelde und anderen Rednern bekämpft; die Reformen seien zu fordern, sie bereiten den Kollektivismus vor. Vandervelde entwickelte ein ganzes System der Propaganda auf dem Lande. Man müsse nach und nach die Landleute, welche als Industrie-Arbeiter tätig sind, sodann die Landarbeiter und Dienstboten, welche sich im Dienste der Bauern befinden und schließlich die Besitzer der kleinen Zwerghütten zu gewinnen suchen, ehe man sich an die kleine Bourgeoisie des Landes wende. Nach ausgedehnter Debatte fand schließlich nachstehende Resolution Vanderveldes Annahme: Der Kongress ist der Meinung, daß die Agitatoren und die sozialistische Presse sich in erster Linie an das Landarbeiter-Proletariat, an die Tagelöhner, Dienstboten usw., die in allen Dörfern den Kern der sozialistischen Organisation bilden, zu wenden haben. Bei ihrer Agitation unter den Kleinrentnern haben die Agitatoren der Partei für das Reformprogramm derselben einzutreten, dabei aber das Endziel des Sozialismus, d. h. die Aneignung und kollektivistische Ausbeutung des Bodens und der andern Produktionsmittel nicht zu vernachlässigen. —

England.

Ein Denkmal für Robert Owen. In Newtown wurde am Sonnabend auf dem Grabe Robert Owens ein Denkstein enthüllt. George Jacob Holboake, der letzte jener sozialen Visionäre, welche im Jahre 1841 dazu berufen wurden, Robert Owens Ideen zu verbreiten und der einzige Ueberlebende von seinen direkten Schülern, die vor 44 Jahren ihren Meister ins Grab senkten, hielt eine Ansprache. —

Rußland.

Eine „Liga zur Rettung des russischen Vaterlandes“. Man schreibt uns: Vor einiger Zeit verbreitete sich die Nachricht, daß sich eine besondere geheime Vereinigung gegründet habe, die der russischen Regierung in ihrem Kampf gegen die revolutionäre Bewegung Dienste leisten wolle. Jetzt läßt es sich allmählich auf, wie und was hinter der „Liga zur Rettung des russischen Vaterlandes“ steckt. Ueber ihre Entstehung können wir folgendes mitteilen: Im vorigen Jahre wendete sich ein Korrespondent der Depeschenagentur Paris-Rouelles, ein gewisser Kollis, im Auftrag des Direktors der Agentur, Lezhis, an Witte mit dem Anerbieten, für gute Bezahlung in die ausländische Presse der russischen Regierung wünschenswerte Nachrichten zu bringen. Witte hat das Anerbieten zurückgewiesen, weil die Bedingungen ihm nicht genug Erfolg versprachen. Da es mit der Agentur sehr schlecht bestellt war, so mußte man auf andern Wege zu Geld zu kommen suchen. Kollis erlangte die Liga. Er und einige Lehngelehrte brachten etwas über 2000 Rbl. an, 900 Rbl. wurden für eine Wohnung in der St. Lazarus Nr. 27 ausgeben und außerdem blieben noch einige hundert Rubel für die ersten Einrichtungen übrig. Man hoffte auf baldige Unterstützung seitens der russischen Regierung. Doch es kamen unerwartete Hindernisse. Die russische Regierung begann sich für den Plan der russischen Liga zu interessieren. Das gefiel aber dem russischen Geheimpolizei-Chef Roschkowski nicht, der in dem Unternehmen der Liga Konspiration erblickte. Roschkowski's Einfluß ist stark und es ist möglich, daß es ihm gelingt, die Liga zu untergraben, oder was noch möglicher ist, daß es zu einem Abkommen zwischen den beiden neuen Gesellschaften kommt. Alle Nachrichten, daß die Liga über Tausende von Mitgliedern verfüge, sind von ihr selbst ausgesprengte Lügen. Alle Schwärzereien über ein Centralkomitee der Liga in Charfowo und dergleichen sind nichts andres als blauer Dunst. —

Afrika.

Englische Schwierigkeiten in Südafrika.

Die Boeren haben sich zwar unterworfen und den Engländern ihre Waffen ausgeliefert, allein sie sind damit natürlich noch lange nicht loyale Unterthanen geworden. Vielmehr scheint es, als ob die Boeren ihre Unterwerfung jetzt zum Teil gereut. Vor allen Dingen aber geben die Boeren ihrem Haß und ihrer Verachtung gegen diejenigen ihrer Landsleute, die sich bereits früher den Engländern unterworfen und dieses sogar Kriegsdienste geleistet haben, den ungenüresten Ausdruck. Besonders soll sich dieser Haß gegen die National Scouts Luft machen, jene Truppe von Boerenfreiwilligen, die sich in so schamloser Weise unter Führung bekannter Boeren-Agitatoren den Engländern zur Verfügung gestellt hatten, ohne freilich während des Krieges eine bedeutendere Rolle zu spielen. Eine Korrespondenz des „Reuterschen Bureaus“ meldet darüber: Ueberall kann man erkennen, daß nach dem anfänglichen Gefühl der allgemeinen Erleichterung anlässlich des Friedensschlusses eine Reaktion eingetreten hat. Die verschiedensten Wünsche stören die Harmonie und erfordern ernsteste Beachtung: die National Scouts sind der Gegenstand erbitterten Hasses seitens der Bürger, die bis zu Ende im Felde ausgehalten haben. Sie werden bedroht, kognitiviert, einige sollen sogar erschlagen und erschossen worden sein. Zur Unterscheidung von den National Scouts und den andern Boeren, die den Treueid vor dem Friedensschlusse leisteten, tragen viele Bürger besondere grüne Abzeichen. Weder aus der Rede noch äußerlich ist im geringsten zu erkennen, daß die Boeren auf ihre Nationalität verzichtet haben. Diese Hervorhebung der eignen Nationalität wird von der Boeren-Devotion in den Städten auf jede Weise unterstützt, es haben sogar mehrere von den Boerenführern, welche die Friedensbedingungen eigenhändig unterzeichnet haben, den Bürgern ausdrücklich zu verstehen gegeben, daß, wenn geeignete Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung angewendet werden, es mit der Boeren-Nationalität noch lange nicht vorbei zu sein brauche. Einer rät zu sofortiger Eröffnung zahlreicher holländischer Schulen, bevor die Engländer ein britisches Erziehungssystem in die Wege geleitet hätten. Ein anderer Führer bereute die Unterzeichnung des Friedensdokumentes und meinte, es wäre besser gewesen, weiter zu kämpfen. Viele Bürger erklären, sie seien durch falsche Angaben und allzu rosigte Ausmalungen über den tatsächlichen Inhalt der Friedensbedingungen getäuscht worden. Auch dadurch, daß England verschiedene eingeborne Hauptlinge für die Unterstützung der Boeren zur Nechenschaft ziehen will, könnte England unter Umständen in sehr unangenehme Hände verwickelt werden. Eine Erhebung der Kaffernstämme, namentlich der kriegstüchtigen Basutos, könnte ein sehr böses Nachspiel des Krieges nach sich ziehen. England wird sich sehr großer Mühe und Diplomatie beschleigen müssen, um in Ruhe die Früchte des Boerenkrieges einzuharsten. —

Der Rücktritt Milners.

Lord Milner soll, wie von mehreren Seiten behauptet wird, von seinem Posten als Generalgouverneur der neuen südafrikanischen Kolonien abberufen werden. Der „Standard“ tritt jedoch diesen Gerüchten in der folgenden bezeichnenden Form entgegen: „Lord Milner soll von seinem Posten zurückgetreten sein oder im Begriff sein, es zu thun. Wir können mitteilen, daß der Eintritt eines solchen Ereignisses nicht in unmittelbarer Aussicht steht.“

84. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 16. Juli.

Möbelzölle stellt der Tarif-Entwurf in den Positionen 624—626 und 631—632 auf. Fast durchgängig sieht der Entwurf eine starke Erhöhung der Zölle vor. Das genügt aber verschiedenen Zollkriterien noch nicht. Es beantragen die Abgeordneten Blankenhorn, Gabel und Herold eine Anmerkung zur Position 625, nach der für grobe, unfournierte Möbel und Möbelteile aus massiv gebogenem Holze der Zoll um 30 Proz. erhöht werden soll.

Gothein beantragt dagegen für Position 624, Möbel aus weichem Holz, roh — 4,50 M. statt 8 M.; bearbeitet 10 M. statt 12 M.; Position 625, aus hartem Holz, roh — 10 M. statt 12 M.; bearbeitet 12 M. statt 15 M.; Position 626, furniert, roh — 10 M. statt 15 M.; bearbeitet 12 M. statt 20 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Gothein findet es hart, daß, nachdem die Lebensmittel durch höhere Zölle verteuert werden, auch noch die Zimmereinrichtungen verteuert werden sollen. Verhältnismäßig schwer belastet würden dadurch die Restaurateure, die oftmals bei jedem Lokalwechsel neue Möbelleinrichtungen anschaffen müssen.

Blankenhorn begründet seinen Antrag mit dem in einigen Positionen ausgedrückten Wunsche nach einer Zollerhöhung.

Zubeil tritt für Zollfreiheit ein und weist auf die großen Schäden hin, die die Gefängnisarbeit der Möbelindustrie bereite. In den Gefängnissen werden alle technischen Fortschritte, die neuesten Maschinen zc. zur Möbelfabrikation ausgenutzt, dazu tritt die billige Arbeitskraft der Inhaftierten, so daß gegen diese Konkurrenz die Privatindustrie nicht aufkommt. Was die gebogenen Möbel anlangt, so könne die deutsche Industrie mit der österreichischen, speziell der Wiener, nicht in Wettbewerb treten; die erstere sei der deutschen weit voraus. Redner erklärt das in eingehenden sachlichen Auseinandersetzungen. Anders sehe es bezüglich anderer Möbelarten. Die Statistik und die Motive des Entwurfs bestätigen, daß ordinäre Möbel und Möbelteile eingeführt werden, dagegen die besten Möbel von qualifizierter Arbeit ausgeführt werden. Außerdem überwiege die Ausfuhr weit die Einfuhr, an Gewicht wie an Wert. Dieses Verhältnis sollte man nicht durch höhere Zölle ungünstiger gestalten, sondern durch Zollfreiheit heben. Was die gepolsterten Möbel anlangt, so wolle der hierfür aufgelegte höhere Zoll ebenso schädlich wie bei den andern; die Statistik liefere daselbst Ergebnis, das müßte jeden bewegen, dem Antrag auf Zollfreiheit zuzustimmen.

Geheimrat Wermuth wendet sich gegen alle Anträge. Die Wünsche der Interessenten, besonders für wertvollere Möbel, widersprechen sich. Die starke Einfuhr gebogener Möbel dagegen mache der deutschen Industrie starke Konkurrenz. Trotzdem sei es die Frage, ob wir gut thun, die Zölle zu erhöhen, wie Blankenhorn wolle. Desehr werde fast allein davon betroffen, das Ursache habe, auf diese keine Industrie stolz zu sein. Es sehe mercklich auf dem Weltmarkt da. Darum müßte besonders Rücksicht auf Oesterreich genommen werden und diese keine weitere Erhöhung eintreten. Handelspolitisch würde dies unglücklich sein.

Pfaunfuch hebt die Bedeutung der Zölle für die Kleinmeister hervor und wundert sich, daß die Konservativen bei dieser Position nicht einen Fachmann wie den Abg. Pouli-Boisdom in die Kommission berufen haben, der ja die Verhältnisse der Kleinmeister seiner Branche kenne. (Rund ruft: Das ist ja ein Widerspruch!) Pfaunfuch erwidert, auch als „Wilder“ hätte Pouli soeben einreden können. Redner geht ebenfalls näher auf die Möbelfabrikation ein. Der Zoll schädige auch den inneren Markt, wodurch wieder die Arbeiter am schwersten betroffen werden.

Herold: Bei gebogenen Möbeln komme in Betracht, daß dafür das Material im Innern vorhanden sei. Die Ausführungen des Geheimrats Wermuth widersprechen früheren Ausführungen des Grafen Posadowsky, der erklärt habe, aus christlicher Nächstenliebe bewillige das Ausland uns nichts. Darum sei es hier angebracht, einmal zum Schutze unsrer Industrie mehr zu fordern.

Die Positionen 624 und 625 werden nach der Vorlage angenommen, dazu die Anmerkung Blankenhorn-Herold mit 13 gegen 11 Stimmen. Alle übrigen Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Verbunden werden die Positionen 627—628, Tischler-, Drechsler-, Wagnerarbeiten, sowie sonstige grobe Holzwaren: 627, roh, Holzschuhe, Werkzeugstiele aus Hirschenholz — 3 M.; Fenserrahmen, Türen, Treppen und Teile von solchen, profilierte Holzleisten — 10 M.; andre — 8 M.; 628, bearbeitet — 12 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Müller-Sagan beantragt zu 627 Werkzeugstiele aus Eschenholz 3 M.

Gothein hat dem gleichen Antrag hinzugefügt: „gewischt oder gefettet“; außerdem will er in diese Position „Holzschachteln und Holzleisten für Emballagezwecke“ aufgenommen wissen; ferner beantragt er, für Fenserrahmen zc. 5 M. statt 10 M. zu setzen; für „andre“ 4 M. statt 8 M.; für „bearbeitete“ 10 M. statt 12 M.

Spahn beantragt für Fenserrahmen zc. 6 M. statt 10 M.; für „andre“ 6 M. statt 8 M.

Brach-Coburg beantragt, zu 627 beizufügen: „Gewöhnliche Holzschachteln, Holzformen für Rachtlichte — frei“, eventualiter sie mit 3 M. Zoll zu belegen.

Müller-Sagan beantragt in 627 die Worte „Werkzeugstiele aus Hirschenholz“ durch „Werkzeugstiele aller Art“ zu ersetzen.

Müller-Sagan und Gothein begründen ihre Anträge in längeren Ausführungen. Zu Werkzeugstiele werde amerikanische Esche benötigt und gerade die Landwirtschaft brauche diese Stiele zu Gabeln, Schaufeln zc., man solle ihr das Handwerkzeug nicht verteuern.

Graf Posadowsky erörtert die Zollverhältnisse mit Schweden, das Fenserrahmen zc. stark liefere. Zu welchem Verträge es mit Schweden kommen werde, könne man doch jetzt nicht sagen. Gegen den Eventualantrag Brach-Coburg habe die Regierung nichts einzuwenden.

Brach-Coburg tritt für seinen Antrag ein und schließt sich dem Antrage Gothein an. Die Rachtlicht-Industrie werde geschädigt, wenn die Holzschachteln und Holzformen für Rachtlichte verzollt würden, denn die Ausfuhr von Rachtlichtern — die besonders stark in Harzern verbraucht würden — sei bedeutend.

Geheimrat v. Stengel spricht ebenfalls seine Zustimmung zum Eventualantrag Brach bezüglich der Rachtlichte aus.

Müller-Sagan hebt bei Begründung seines Antrags das Mißverhältnis in der Verzollung der Besen, Position 594, und der Stiele, 627, hervor. Die Hirschenstiele seien für alle Werkzeuge sehr wertvoll und dürften nicht verteuert werden. Schlosser und andre Handwerker versichern, daß solche Stiele die Erschütterung des Schlags abmildern. Auch für profilierte Holzleisten zc. verlangt Redner Zollfreiheit.

Geheimrat Blan erklärt, Zollfreiheit auf alle Werkzeugstiele auszudehnen, das gehe zu weit, dazu könne sich die Regierung nicht verstehen. Bezüglich der Rettung von Stielen könne man in der Anmerkung 2 eine textliche Änderung vornehmen. Statt Holzschachteln sage man besser: Holzschachteln.

Spahn ändert seinen Antrag und erhöht den Zoll von 6 auf 8 M.

Gothein ändert textlich seinen Antrag. Geheimrat Blan beantwortet auf nochmalige Anregung Stadthagens, wie die Regierung sich zu der Anomalie stelle, daß Stiele bei der Position 627 höher verzollt werden als die fertige Ware in Position 595, diese Frage dahin, daß solche Fälle mehrfach im Tarif vorkämen.

Zu Position 627 wird eingefügt: „und Eschenholz“; dann wird der Eventual-Antrag Brach angenommen; ferner werden die Spahn'schen Anträge und mit dieser Abänderung die Positionen 627/28 nach der Vorlage angenommen. Darauf werden die Positionen 629, 630 und 633 zusammengefaßt 629, grobe Holzwaren in Verbindung mit andern Stoffen — 30 M.;

630, feine Holzwaren mit Säbnarbeit, Bildhauer- und Bildschnitzwaren zc. zc. — 30 M.; Goldleisten ohne Schnitzarbeit — 24 M.; Holzwaren mit eingeleger Arbeit — 30 M.; 633, Holzwaren in Verbindung mit Gespinsten, Spitzen, Stickereien zc. — 40 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Gothein beantragt zu 630 statt 36 M. nur 30 M. zu setzen, ferner eine Anmerkung, die Holzwaren mit Perlmuttarbeit wie andre verzollen will.

Pfaunfuch will die Goldleistenfabrikation, die in Deutschland in hoher Blüte stehe, durch den Zoll nicht belästigen lassen. Geheimrat Blan wendet sich gegen die Anträge.

Position 629 wird samt der Anmerkung nach der Vorlage angenommen, ebenso die Positionen 630 und 633. Die Anmerkung 2 wird nach dem Antrag Gothein abgeändert, beide Anmerkungen werden im übrigen nach der Vorlage angenommen.

Unterabschnitt C. Korftwaren umfaßt die Positionen 634 bis 640, die zur Veratung verbunden werden. Die Zölle betragen auf 634, Korz, zu Stücken oder Mehl zerfeinert — 3 M.; 635, Platten zc. mit Rinde — 10 M.; 636, Platten, Scheiben zc. ohne Rinde — 15 M.; 637, Korfpapier — 300 M.; 638, Sämnigereien, Sohlen, Ringe, Schwinnmäntel, Rettungsringe — 30 M.; 639, Stoffen und sonstige Waren (mit Ausnahme der Hüte) 30 M.; 640, Korftwaren in Verbindung mit andern Stoffen 36 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Herold beantragt zu 639 Korzstopfen 40 M. statt 30 M.; Gothein zu 637, Korfpapier 100 M. statt 300 M., zu 640 statt 36 M. zu setzen 30 M.

Stadthagen begründet die Anträge auf Zollfreiheit. Gothein und Paasche beantragen, die Positionen 637—640 zu einer einzigen zu vereinigen und für alle 30 M. Zoll zu setzen.

Graf Posadowsky erklärt sich gegen die von Herold beantragte Erhöhung des Zolles auf Stoffen und meint demgegenüber, die verbündeten Regierungen würden kaum etwas gegen den Antrag Paasche-Gothein einzuwenden haben.

Die Positionen 634—636 werden nach der Vorlage angenommen, zu den übrigen Positionen wurde der Antrag Gothein-Paasche angenommen.

Unterabschnitt D. Waren aus andern pflanzlichen Schutstoffen als Holz und Korz usw. Zu 641, Zellhorn (Celluloid) und ähnliche Stoffe, roh — 4 M., geschliffen usw. — 100 M.; 642, Waren, ganz oder teilweise aus Zellhorn — 200 M., beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit.

Gothein beantragt zu 641 — 3 resp. 30 M.; zu 642 — 75 M. statt 200 M. Paasche beantragt eine andre Ueberschrift für diesen Abschnitt.

Stadthagen äußert Bedenken bezüglich der Bemerkung in 642, daß Waren, die als Nachahmungen höher belegter Waren anzusehen sind, so hoch verzollt werden sollen, und beantragt die Streichung dieser Bemerkung, die den Erfindungsgeist behindere.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Müger tritt für die Vorlage ein. Der Antrag Paasche wird angenommen, wonach die Ueberschrift lautet: Waren aus andern pflanzlichen Schutstoffen als Holz und Korz oder aus anderweitig nicht genannten Formstoffen.

Die Positionen 641/42 werden dann nach der Vorlage angenommen. Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Handelskammerweishheit. Soweit die Handelskammern sich in ihren Berichten mit den Arbeiterverhältnissen ihres Bezirks befassen, zeigen ihre Ausführungen durchweg von der borniertesten Unternehmer-Auffassung; das komische und zugleich erschütternde aber leistet in dieser Beziehung die Handelskammer des Kreises Aken-Olpe, die in ihrem jüngst erschienenen Jahresbericht sich folgende fuziose Stillschaltung leistet: „Die gedrückte Lage der verschiedenen Industrien während des Berichtsjahres hat leider auch ihre Wirkung auf die Arbeiterverhältnisse ausgeübt. Wenn auch keine neuemwerteten Arbeiterentlassungen mehr stattgefunden haben, so haben doch fast überall Frierisichten in großem Umfange eingelegt werden müssen. Auch die Löhne haben fast allerorts größere oder kleinere Abzüge erfahren, wodurch die früheren Lohnsätze stellenweise wieder hergestellt wurden.“

Manchem wird es wohl schwer werden, die in der guten Zeit stellenweise aber Gehör gefeierte Ansprüche an Lebenshaltung und Lurus wieder auf das angemessene Maß zurückzuführen. Wäre das reichlich verdiente Geld gepart und für die unabweislich wiederkehrende schlechte Zeit zurückgelegt worden, so würde mancher Arbeiterfamilie die veränderte Lage nicht so empfindlich fühlbar werden, außerdem würde sie das beruhigende Bewußtsein haben, für die äußerste Notlage einen schönen Sparfennig im Rücken zu haben. Glücklicherweise giebt es eine ganze Anzahl Arbeiter, die sich etwas zurückgelegt haben, es darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß bei weitem die Mehrzahl leichtsinnig in den Tag hineingelegt und ihren ganzen Verdienst ausgegeben hat. Manche sogar sollen noch Schulden dazu gemacht haben.“

Schon das wunderliche, holperige Deutsch der Auslassung macht einen seltsamen Eindruck. Mit der Fähigkeit der Verfasser, sich gewandt und präzise auszudrücken, scheint es nicht weit her zu sein. Wollten wir in denselben Jargon antworten, müßten wir sagen: „Hätten nicht in den Prosperitätsjahren die Industriellen die Lage so unheimlich ausgenutzt und für die unabweislich wiederkehrende schlechte Zeit vorgesorgt, so würde die veränderte Lage, die über so weite Volkskreise hin und her gebracht hat, garnicht eingetreten sein, und außerdem würden sie das beruhigende Bewußtsein haben, nicht vielleicht in Bankrott geraten zu können.“

Rufenhandel Frankreichs im ersten Halbjahr 1902. Nach der amtlichen Statistik betrug der Wert der Einfuhr im ersten Halbjahr 1902 2 251 824 000 Fr. gegen 2 224 110 000 Fr. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, der Wert der Ausfuhr 2 083 203 000 Fr. gegen 2 014 697 000 Fr. im ersten Halbjahre 1901.

Eisenproduktion Großbritanniens im Jahre 1901. Nach dem Jahresbericht der „British Iron Trade Association“ belief sich die Roheisen-Erzeugung im letzten Jahr nach den bei der genannten Vereinigung eingegangenen Berichten auf 7 761 830 Tonnen, d. i. 1 543 489 Tonnen weniger als im Jahre 1899 und 1 146 740 Tonnen weniger als 1900. In den meisten Distrikten war im Jahre 1901 eine Abnahme der Roheisen-Erzeugung zu verzeichnen, besonders in Cleveland und an der Westküste. Die verschiedenen Arten von Roheisen wurden während der beiden letzten Jahre in folgenden Mengen hergestellt:

	1901	1900
Freisch-Roheisen und Eisereis-Roheisen	3 597 994	4 108 850
Dämatt-Eisen	3 177 694	3 686 839
Dampf-Eisen	794 767	924 667
Spiegel-Eisen und dergleichen	191 325	238 394

Die Produktion von Puddeleisen in Stäben betrug im Jahre 1901 974 476 Tonnen gegen 1 102 765 Tonnen im vorhergehenden Jahre, hat also um 128 289 Tonnen oder 16,2 Proz. abgenommen. Seit einer langen Reihe von Jahren ist das die stärkste Abnahme, obgleich — abgesehen von nur einem Jahre, in dem eine geringe Zunahme zu verzeichnen war — die Herstellung von Puddeleisen in Großbritannien in den letzten Jahren andauernd abgenommen hat. An Siemens-Martin-Stahl wurden im Jahre 1901 3 297 791 Tonnen hergestellt gegen 3 158 060 Tonnen im Vorjahre. Die Produktion von Bessemer-Stahl-Ingotts belief sich auf 1 606 253 Tonnen gegen 1 745 006 Tonnen im Jahre 1900.

Zur Klage gegen den amerikanischen Stahltrust. Wie verschiedentlich gemeldet wurde, ist gegen den Stahltrust Klage eingereicht worden, weil dieser eine Bondausgabe in der Höhe von 250 Millionen Dollar beabsichtigt, wovon 200 Millionen zum Rücklauf

von Vorzugsaktien verwendet werden sollen. Begründet war die Klage mit der Behauptung, daß die Aktien nicht dem Betrage der Vorzugsaktien gleich sei. Hieran ist jetzt seitens des Stahltrusts die Klageabweisung erfolgt. In dieser, die durch ein Affidavit (eine Versicherung an Eidesstatt) Schwabs, des Präsidenten des Trusts, unterstützt wird, heißt es, der Wert der Aktien sei höher als der gesamte Betrag der Aktien und Bonds, gewöhnliche und bevorzugte, und die Einnahmen der Korporation betragen mehr als 10 Proz. auf das gesamte Kapital. Während der ersten fünfzehn Monate des Bestehens des Trusts, so erklärte Schwab, seien mehr als 10 Proz. auf sämtliche Aktien verdient worden. Der Reingewinn des laufenden Jahres würde 140 Millionen Dollar erreichen. Die vorhandenen Aufträge betrügen 150 Millionen Dollar, und ihre Ausführung werde die Werke des Stahltrusts bis nach dem 1. Januar 1903 voll beschäftigen. Der Reingewinn daraus werde 60 Millionen Dollar betragen.

Auf die New Yorker Börse haben übrigens diese Versicherungen wenig Eindruck gemacht; der Kurs der gewöhnlichen Aktien (Stammaktien), der vorgestern 99 1/4 stand, hat sich nur um 1/2 Proz. erhöht. Dieses Mißtrauen ist, wie verschiedentlich im „Vorwärts“ dargelegt worden ist, durchaus begründet. Der Buchwert der Anlagen z. B. mag recht wohl die Summe der Vorzugs- und der Stammaktien sowie der Obligationen übersteigen; aber dieser Buchwert schwebt völlig in der Luft, er beruht auf einer enorm übertriebenen Abschätzung der Anlagen und Einrichtungen des Trusts; und zudem sind die bisherigen Abschreibungen so minimal gewesen, daß sie kaum in Betracht kommen. Bei den jetzigen hochgetriebenen Preisen der Eisen- und Stahlgewerke in den Vereinigten Staaten wirkt allerdings der Trust ansehnliche Gewinne ab; wie aber wenn ein Preisfall eintritt?

Amerikanische Trusts. Die „Daily Express“ aus New York meldet, ist dort ein Trust mit einem vorläufigen Kapital von 50 Millionen \$ gebildet worden, um eine Vereinigung der Weichkohlengruben (mit Weichkohle, soft coal, bezeichnet der Amerikaner die gewöhnliche Steinkohle im Unterschied zur Anthracitkohle) durchzuführen. Das Syndikat habe 1 Million Acres Kohlenfelder in den Staaten Kentucky, Tennessee und Alabama angekauft. Man wolle bereits in Aussicht stellen, daß der neue Kohlentrust im Stande sein werde, die Kohlen zu einem Preise von 4 Schilling pro Tonne zu liefern.

Ferner hat sich in Camden, New Jersey, mit einem Kapital von 30 Millionen Dollar die „Association of Manufacturers and Distributors of Food Products“ zu dem Zwecke insorgestiftet lassen, eine Verschmelzung der größten Fabrikfirmen des Landes herbeizuführen, die sich mit dem Einmachen von Früchten und Gemüsen beschäftigen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Vergolder bei der Firma Günther wurde durch nachstehenden schriftlichen Vergleich zwischen Herrn Günther und Vertretern der Organisation nach einer Dauer von 5 Wochen beigelegt. 1. Herr Günther verpflichtet sich, vom 15. Juli d. J. ab an alle bei ihm eintretenden Vergoldergehilfen Lohn zu zahlen. (Anstatt bisher Accord.) 2. Erkennt Herr Günther einen Minimallohn von 24 M. pro Woche an. 3. Die Arbeitszeit dauert täglich 9 Stunden mit Ausnahme des Sonntags, wo eine Stunde früher Feierabend ist. 4. Verpflichtet sich Herr Günther, sämtliche Ausständigen, soweit dieselben arbeitslos sind und Arbeit vorhanden ist, nach der Reihenfolge ihrer Anciennität wieder einzustellen.

Maurer. Es ist bereits mitgeteilt worden, daß die Maurer in Königsberg i. Pr. aufs neue in den Kampf gedrängt worden sind durch die Haltung der Unternehmer. Die Streikleitung in Königsberg meldet telegraphisch, daß sich die dortigen Unternehmer nach Berlin gewandt haben, um Arbeitskräfte anzusetzen. Auch in anderen Orten drüben derartige Versuche gemacht werden. Es bedarf wohl nur dieses Hinweis, um den Plan der Königsberger Unternehmer zu vereiteln, indem ihnen der Zugang abgeschnitten wird.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Schlosser bei Osenberg ist zu Gunsten der Ausständigen beendet. Die Abzüge sind zurückgenommen.

Der Streik der Dreher in den Kieles-Werken dauert fort. Die Firma bemüht sich, von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir ersehen, den Zugang fernzuhalten.

Ferner wird vor Bezug von Schleifern nach Hamburg gewarnt, da dort ein Streik der Schleifer ausgebrochen ist. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Den Parfettbodenlegern zur Kenntnis, daß die Firmen Kampmeier, Kuhner und Kühne, Leibe u. Comp., Wendig Söhne und Rosenfeld den alten Tarif wieder bezahlen. Die noch streikenden Firmen werden in den nächsten Tagen auch bewilligen. Die Kommission.

Deutsches Reich.

Ein Schuhmacherstreik ist in der Schuhfabrik von Eberle u. Treibmann in Dresden ausgebrochen. Verhandlungen mit dem Verbandsvorsitzenden, der zur Beilegung des Konflikts nach Dresden reiste, lehnte die Firma ab und drohte den Arbeitern Entlassung an. Darauf sind sämtliche Arbeiter der Fabrik, mit Ausnahme einiger Zuschneider und Arbeiterinnen, in den Ausstand getreten.

Ein Ausstand der Glasergelassen in Planen i. W. steht bevor. Fast alle am Ort beschäftigten Gehilfen, 80 an der Zahl, haben gekündigt. Sie verlangen Abschaffung der Accordarbeit, Einführung eines Stundenlohnes, Erhöhung desselben um 5 Prozent und Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit. Die Jünning hat die Bewilligung dieser Forderungen abgelehnt. Der Zugang wird gewarnt.

Zum Posener Maurerstreik wird uns geschrieben: Fünf Wochen bereits dauert der Kampf und noch ist das Ende nicht abzusehen. Die Arbeitgeber rechnen auf eine unorganisierte und undisziplinierte Masse, aber bis heute ist von den Streikenden noch keiner zurückgetreten. Auf beiden Seiten wird der Kampf hartnäckig fortgesetzt, die Arbeitgeber geben sich die größte Mühe, Arbeitswillige heranzuziehen, aber bisher ohne nennenswerten Erfolg. Nur 20 Streikbrecher stehen ihnen zur Verfügung. Die Streikenden haben schon vor vier Wochen das Gewerbeamt angeklagt, aber die Unternehmer lehnten die Verhandlungen vor diesem Institut rundweg ab. Daß die Arbeitswilligen sich solidarisch mit den Streikenden erklären, sobald sie von dem Zustand unterrichtet sind, hat die Unternehmer verstimmt. Sie gehen deshalb mit brutaler Gewalt gegen die Ausständigen vor, wie der folgende Fall beweist, der sich am 14. dieses Monats nachtrug: Drei Unternehmer besörderten einen Arbeitswilligen. Die Streikenden wollten sich über dessen Verbleib unterrichten und folgten demselben zu Fuß und per Droschke. Auf dem Verhörplatz machte das Gefährt der Unternehmer plötzlich Halt, die Unternehmer sprangen schnell heraus und feuerten auf die Personen, welche auf dem Bürgersteig standen, mit Revolvern, drei Schüsse ab. Zum Glück ist keiner verletzt. Nun nahm der Maurermeister A. die Verfolgung der Droschke mit gezündeten Revolver auf. Der unter dem Schuß der Revolverhellen transportierte Streikbrecher hatte nun aber auch genug von seinen Arbeitgebern. Er nahm die Arbeit nicht auf, sondern ging in die Versammlung der Streikenden und erzählte, wie er durch die Unternehmer und Polizisten in die Droschke verpackt wurde, ohne daß ihm gesagt worden ist, wozu er verpackt werden sollte. Die schiefstüchtigen Unternehmer erfremten sich bei jetzt noch der ungebundenen Freiheit.

Wenn Arbeiter sich ähnliche Übergriffe hätten zu Schulden kommen lassen, dann würden sie wohl nicht mehr frei umherlaufen.

Die Stuttgarter Maurer haben in der entscheidenden Versammlung am Montag einmütig die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Dachdecker. Der Streik in Hildesheim ist zu Ungunsten der Ausständigen beendet. — In Kassel dauert der Streik bereits sieben Wochen, er wird unermüdlich weiter geführt. Alle Streikenden harrten geschlossen im Kampf aus.

Maßregelungen organisierter Arbeiter. Die Porzellanfabrikanten in Koburg scheinen es auf eine planmäßige Schilmerung der Verbandsmitglieder abgesehen zu haben. In der Fabrik von Deber u. Comp. bestehen aus dieser Ursache Differenzen. Auch in der Fabrik von Gebr. Knoch haben die Mitglieder des Porzellanarbeiter-Verbandes die Kündigung erhalten.

Mit der Errichtung eines Gewerbegerichts für die Amtshauptmannschaft Leipzig haben sich auch die zu einer Besprechung an Amtsstelle geladenen Arbeitgeber einverstanden erklärt. Der seit einer ganzen Reihe von Jahren vom Leipziger Gewerkschaftslokale propagierte Gedanke dürfte nun in absehbarer Zeit verwirklicht werden.

Ausland.

Der Streik der galizischen Landarbeiter. Aus Lemberg wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Nun ist auch in Czyschow der Streik mit dem Sieg der Arbeiter beendet worden. Fortan werden im Sommer den Männern 80, den Frauen 60 Kreuzer, im Winter den Männern 80, den Frauen 40 Kreuzer gezahlt werden. Die Streikenden haben, bevor sie die Arbeit wieder aufnehmen, eine Versammlung abgehalten, in der sie unter anderem beschlossen, durch drei Monate keinen Schnaps zu trinken. Im Bezirk Zamopol hat der Streik in 14 von den 15 Gemeinden, wo er jüngst ausgebrochen war, mit dem vollständigen Siege der Streikenden geendet. Nur in Hlubozel wird noch gestreift. Dagegen hat der Streik jetzt die Gemeinden Zwaczow, Szlachynce, Dubowce und Chodaczow ergriffen. — Im Bezirk Bobrka wird in den Gemeinden Romanow, Podhorodhocz, Bobzajlow, Sielista und Horodhslawice gestreift. In jedem dieser Dörfer wurde in einer vertraulichen Versammlung ein Streikkomitee gewählt. Ueberhaupt spielte sich der Streik in diesen wie in den anderen Bezirken in ganz modernen Formen ab. Die Streikenden hielten musterhafte Ordnung und Disziplin. Im Bezirk Bobrka werden folgende Löhne gezahlt: bis zum Mai 14 bis 18 Kr. täglich, vom Mai an 18 bis 25 Kr., den Männern 30 Kr. täglich. Die Streikenden fordern im Winter 35 Kr., im Sommer 50 bis 80 Kr. täglich. Außerdem verlangen die Streikenden, daß ihnen das Brennholz aus den Wäldern des Grafen Roman Potocki billiger angerechnet werde. Dann verlangen die Landarbeiter die Abschaffung der Entlohnung durch Anteile am Ertrag der Ernte, weil es dabei immer zu einem Streite zwischen den Arbeitern kommt, die überdies gewöhnlich von einem Partieführer betrogen werden. Dieses System besteht namentlich auf den Gütern des Grafen Potocki.

Das Bureau „Herold“ meldet aus Lemberg, 16. Juli: Ein in Dobromirca abgehaltenes, von 7000 Bauern besuchtes Meeting beschloß, sämtliche Bauern Schyalizien aufzufordern, in den Generalstreik einzutreten, da nur durch solchen eine Lohnerhöhung erzielt werden könne.

Gesellschaftliche Regelung der Arbeitszeit in der Textilindustrie. In Belgien hat sich ein provisorisches Komitee von Textilarbeitern gebildet, das den Zweck verfolgt, eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit in diesem Industriezweige herbeizuführen. Das Komitee schlägt vor:

Im Jahre 1903 soll niemand länger als 65 Stunden, im Jahre 1904 62 Stunden und 1905 60 Stunden pro Woche arbeiten. Die Regierung sowie die Vorkomitee in der Kammer sollen aufgefordert werden, für ein derartiges Gesetz einzutreten. Zunächst fordert das Komitee alle Textilarbeiter-Organisationen des Landes auf, sich mit dieser Sache zu befassen.

Ein Steinhauserstreik ist in Kristiania ausgebrochen. Die Unternehmer wollen die Preise um 15 Proz., an den übrigen Orten Norwegens um 20 Proz. herabsetzen. Wahrscheinlich werden die Steinhauser im ganzen Lande die Arbeit einstellen.

Zum Ausstand der Eisenbahnarbeiter in Chicago meldet eine Depesche des N. Y. vom 16. d. M.: Die Streikenden schienen gestern geneigt, eine Lohnerhöhung von 50 Pf. anstatt der geforderten 60 anzunehmen, aber die Arbeitgeber, hauptsächlich die Eisenbahndirektoren, lehnten dieses Kompromiß ab. Gestern wie vorgestern kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den jetzt circa 28 000 Mann starken Ausständigen und den aus dem Süden herbeigeholten Regier-Streikbrechern. Letztere wurden überall an der Arbeit gehindert und abends haufenweise von bewaffneten Ausständigen aus der Umgebung des Hafens und der Güterbahnhöfe vertrieben, um deren Nacharbeit zu verhindern.

Veranstaltungen.

Der Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises hielt am Dienstag in den Germania-Sälen seine Generalversammlung ab. Freihalter erstattete den Bericht des Vorstandes. Es wurden im Laufe des Quartals abgehalten: 25 Vorstandssitzungen, 8 Bezirksführerkonferenzen, 12 Mittellieder-Versammlungen und zwei außerordentliche General-Versammlungen. In diesen Zusammenkünften sei naturgemäß sehr häufig über den Organisationsstreik im 6. Kreise und die angebahnten Einigungs-Verhandlungen beraten worden, die jetzt endlich, nachdem die Genossen der Schönhauser Vorstadt wieder in die Gesamtorganisation des Kreises eingetreten sind, zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten. Im übrigen sei es jetzt notwendig, in erhöhtem Maße für die Aufbringung von Geldmitteln zu sorgen, weil bei den nächstjährigen Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen voraussichtlich hohe Anforderungen an die Kasse gestellt würden.

Tauschel verlas uns die drei Quartale umfassende Abrechnung. Die Einnahme betrug 23 144,47 M., der eine Gesamtansatz von 23 123,87 M. gegenübersteht, inklusive der Leistungen an die Parteikasse. Die Abrechnung des zweiten Kassierers balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 12 867,07 M. An Mitgliedern zählt der Verein mit Einschluß der etwa 1800 Genossen der Schönhauser Vorstadt gegenwärtig ca. 6000. Diese Zahl würde sich jedoch um rund 4000 erhöhen, wenn die mit ihren Beiträgen im Rückstand stehenden Genossen mitgezählt werden könnten. Auf Antrag der Revisoren wurde beiden Kassierern Decharge erteilt.

Sodann erfolgte die Wahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. Vom Beschluß einer den endgültigen Einigungsverhandlungen vorausgegangenen Versammlung hatten sämtliche Funktionäre beider Organisationen des Kreises ihre Stimmen niederzulegen. Bei der gemeinschaftlichen Reubefragung der Posten sollten dann die Wünsche der Genossen aus der Schönhauser Vorstadt in lokaler Weise berücksichtigt werden. Hierzu lag ein Antrag A II vor, der besagte, sämtliche Funktionäre hätten eine Wiederwahl abzulehnen. Die Reubefragung der Komitee sollte an den Reichen der Bezirksführer erfolgen, wobei die einzelnen Vorstände je nach der Stärke ihrer Mitgliederzahl zu berücksichtigen seien. Der Antrag A II wurde abgelehnt, und die Wahl ergab die Bestätigung der in der letzten Bezirksführerkonferenz beschlossenen und der Generalversammlung unterbreiteten Vorschläge, die außer den in öffentlicher Versammlung zu wählenden Vertrauensleuten eine Liste von 40 Funktionären aufwies. Im engeren Vorstande verblieben als 1. Vorsitzender: Freihalter, 2. Vorsitzender: Krennke, 2. Schriftführer: Weisler, 1. Kassierer: Tauschel, 2. Kassierer: Wagnänger, Beisitzer: Ernst und Schulz. Reuzewahl wurden als 1. Schriftführer: Deber und als Beisitzer: Marx, beide aus der Schönhauser Vorstadt.

Nach Beendigung der zeitraubenden Wahlen wurde allseitig auf den noch ausstehenden Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Redebour verzichtet.

Die Klemperer Berlins hatten sich am Dienstag sehr zahlreich im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt, um über die gegenwärtige Lage in ihrem Beruf zu beraten. Für die Dankempfehle, so führte Ad. Cohen aus, stehe unabweisbar eine Zeit sehr guter Geschäftsgänge nahe bevor, und deshalb sei es angebracht, an eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu denken. Vor allem müsse danach getrachtet werden, daß die Accordarbeit, gegen die auf Wauten allein schon wegen der Lebensgefährlichkeit energigehrig Front gemacht werden sollte, abgeschafft wird. Dann sei eine Erhöhung des Minimallohnes, der für die Klemperer niedriger ist, als für alle anderen Bauhandwerker, dringend notwendig. Ferner müßten bei größerer Entfernung der Arbeitsstätte Fahrgehalt und bestimmte Diäten verlangt werden und außerdem energigehrig gefordert werden, daß die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen überall vorhanden sind. Jetzt ist das, wie der Redner ausführte und die Versammlung bestätigte, in sehr vielen Betrieben nicht der Fall. — An das Referat schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion. Von allen Rednern wurde ein ernstes Vorgehen für durchaus geboten erachtet. — Die Versammlung beschloß: Die Agitationskommission der Klemperer wird aufgefordert, die notwendigen Vorarbeiten zu einer Lohnbewegung zu machen. Die Versammelten verpflichten sich, die Agitationskommission nach Kräften zu unterstützen durch Zutragen von Material, Wahl von Vertrauensleuten und Ausbreitung der Organisation, weil damit die Gewähr für ein Gelingen der ganzen Lohnbewegung geboten wird. — Am 24. Juli wird eine Vertrauensmänner-Konferenz stattfinden, die sich mit den weiteren Vorarbeiten zur Lohnbewegung befassen soll.

Die Vorgänge in der Charlottenburger Orts-Krankenkasse. Eine vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission in Charlottenburg vom 15. Juli einberufene Volksversammlung, die von etwa 400-450 Personen besucht war, beschäftigte sich mit den Vorgängen in der dortigen Orts-Krankenkasse, auf die wir bereits in der Nummer vom 2. Juli hingewiesen haben. Das dort abgedruckte Kündigungsbescheid für sämtliche Beamten sowie die nachfolgende plötzliche Entlassung von vier Angestellten ohne Angabe von Gründen wurde allseitig der schärfsten Kritik unterzogen. Nach etwa zweifelhafte Verhandlung wurde mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

Die 2. Versammlung spricht dem Vorsitzenden der Orts-Krankenkasse, Sabor, sowie den übrigen Vorstandmitgliedern ihre schärfste Mißbilligung über das höchst befremdliche Verhalten derselben den Kassensmitgliedern und den Kassene Beamten gegenüber aus. In der Reihenfolge, welcher die Kassene Beamten unterworfen sind, und in dem Kündigungsbescheid, das den sämtlichen Beamten von Herrn Sabor mit nachträglicher Genehmigung der Majorität des Vorstandes behändigt worden ist, und endlich in der gänzlich unmotivierten plötzlichen Entlassung der vier Beamten, erblickt die Versammlung eine unwürdige Behandlung und Beschimpfung der Angestellten und einen Standpunkt, der mit den Grundsätzen einer modernen Auffassung der heutigen wirtschaftlichen Zustände und selbst mit den elementarsten Grundsätzen einer weisen Humanität absolut unvereinbar ist und deshalb auf das allerschärfste bekämpft werden muß. Die Versammlung erwartet von der Generalversammlung der Kasse, daß dieselbe nicht nur schleunigst und energigehrig Remedur schafft, sondern auch in wohl verstandenen Interesse der Kasse selbst die sofortige Wiedereinstellung der vier Entlassenen in ihre frühere Beschäftigung, die Aufhebung aller übrigen Kündigungen und endlich die schleunige Beseitigung der höchst unwürdigen Dienstordnung und ihrer Ersetzung durch einen von modernen Geistesgetragenen Arbeitsvertrag zwischen Kasse und Angestellten beschließen wird.

Die Versammlung kann aber auch nicht umhin, der Mehrheit der Kassensangestellten einen großen Teil der Schuld an der ihnen zu teil gewordenen Behandlung zuzuschreiben, indem sie es nicht rechtzeitig unternommen haben, einmütig und geschlossen hiergegen Front zu machen. Sie erwartet von den Angestellten, daß diese nunmehr in Zukunft auch ihrer Verbandsorganisation gegenüber ihre volle Pflicht erfüllen werden.

Der Verband des technischen Bühnen-Personals hielt am 12. Juli seine Generalversammlung ab. Nachdem der Vorstandsbericht entgegengenommen, folgte der Kassenbericht, der eine Einnahme von 691,25 M. und eine Ausgabe von 71,93 M. ergab, so daß ein Bestand von 619,32 M. blieb. Als Bibliothekar wurde E. Müller gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kaufmännische Schiedsgerichte.

Köln, 16. Juli. (V. G.) Auf die Fertigstellung der Vorlage über die Errichtung von kaufmännischen Schiedsgerichten dringt der „Köln. Zig.“ zufolge das Reichsamt des Innern mit aller Entschiedenheit. Allerdings sind, wie von gut unterrichteter Seite verlautet, die Schwierigkeiten, die namentlich in einigen preussischen Reflexen entgegenstehen, noch nicht vollständig behoben, und es läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmen, wann dies der Fall sein wird.

Protest gegen die Viehzölle.

Stuttgart, 16. Juli. (V. G.) Unter dem Vorh. von Marx aus Frankfurt a. M. hält der Deutsche Fleischerverband heute und morgen in der hiesigen Niederhalle seinen 25. Verbandstag ab. Derselbe sprach sich einstimmig für die Aufhebung des Verbots der Einfuhr von lebendem Schlachtvieh und gegen die von der Posttarif-Kommission beschlossene Erhöhung der Viehzölle aus.

Ausland und die Worte.

Aus Konstantinopel meldet die „Zef. Zig.“ unterm 16. Juli: Die russische Botschaft überreichte der Pforte eine Note, in der sie im Namen russischer Untertanen die Zahlung von 282 000 Livres Turques verlangt als Schadenersatz mit Zinsen für die lange Verzögerung der Zahlung der Indemnität im Betrage von 250 000 \$fd. Sterl., welche eben diese russischen Untertanen als Entschädigung für die im russisch-türkischen Kriege erlittenen Verluste zu verlangen haben.

Jundbrunn, 16. Juli. (V. G.) Vom Alpen in den Pillerthaler Alpen ist der Lehramts-Kandidat Hugo Schumann abgestürzt und blieb tot.

Paris, 16. Juli. (V. T. W.) Wie hiesigen Blättern aus Tunis gemeldet wird, überfiel dort ein Soldat des Strafbatalions letzte Nacht den Wachtposten des Pulverdepots einer Kaserne. Der Posten schoß den Angreifer nieder. Nach dem Ergebnis der Untersuchung glaubt man, daß der Erschossene das Pulverdepot in Brand stecken wollte.

London, 16. Juli. (V. T. W.) Unterhand. In einer schriftlichen Antwort auf eine an ihn gerichtete Anfrage teilt der Kriegsminister Brodrick mit, daß den kriegsgefangenen Boeren, welche den Treueid zu leisten bereit und in der Weise von Witzeln zu ihrem Lebensunterhalt sind, die Rückkehr nach Südafrika auf ihre Kosten gestattet werde, vorausgesetzt, daß der Oberkommissar Nord Wimer und der befehligende Offizier des Lagers, in dem sie gefangen gehalten waren, damit einverstanden sind. Diese Gefangenen können sich auch anderswohin begeben, verwirten aber jeden Anspruch auf Heimförderung auf Regierungskosten. Wenn sie sich ohne Ableistung des Treueides fortbewegen, ist ihnen die Rückkehr nach Südafrika nicht gestattet.

Chicago, 16. Juli. (V. T. W.) Der Ausstand der Fruchtverlader hat mit einem völligen Sieg der Eisenbahngesellschaften geendet. Eine Versammlung der Ausständigen stimmte beinahe einstimmig für die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Lohnsкала und die anderen Fragen wurde einer Regelung zwischen den einzelnen Eisenbahngesellschaften und ihren Arbeitern überlassen.

Ein „Sunnbrief“-Prozeß

beschäftigte gestern die siebente Ferien-Strasfammer unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Busch. Im Dezember 1900 und Anfangs 1901 erschienen im „Vorwärts“ eine Anzahl sogenannter Sunnbrieft, worin trübe Fälle von unmenschlichem Vorgehen der deutschen Truppen in China mitgeteilt wurden. Die verschiedenen Nummern waren von den Redactoren Robert Schmidt, Paul John und Wilhelm Schröder verantwortl. gezeichnet, und nachdem der Kriegsminister Strafantrag gestellt, wurde im Dezember v. J. gegen die drei genannten Redactoren gemeinsam verhandelt. Die Verhandlung endete damals mit der Verurteilung des Angeklagten Schmidt zu sechs, des Angeklagten John zu sieben Monaten Gefängnis. Derjenige Brief, für welchen Schröder verantwortlich zeichnete, fand sich in einem Artikel in Nr. 44 des „Vorwärts“ vom 21. Februar 1901 unter der Ueberschrift „Die milde Kriegsführung“ abgedruckt. Es wurde darin mitgeteilt, daß in einem Falle 67 chinesische Gefangene gemacht worden seien, von denen nur 22 an Ort und Stelle aufammen, während die übrigen sämtlich totgeschossen wurden. Der Angeklagte bestritt sich auf verschiedene Weisen, daß der Inhalt des Briefes der Wahrheit entspreche, und da in diesem Falle ganz konkrete Thatsachen behauptet wurden, beschloß der Gerichtshof damals, die Sache gegen Schröder zu vertagen. Gegen das Urteil betreffend Schmidt und John wurde Revision eingelegt, mit der Begründung, daß der Kriegsminister zur Stellung des Strafantrages nicht berechtigt gewesen sei. Das Reichsgericht hielt diese Begründung aber nicht für stichhaltig, sondern verworf die Revision. In der Sache gegen Schröder fand inzwischen ein Vorverfahren statt.

Wie der Vorsitzende zum Eingang der Verhandlungen mitteilte, sind die vom Angeklagten genannten Zeugen vernommen; der Angeklagte habe auf Weisungsanträge verzichtet; es scheint, daß er selbst zu der Uebersetzung gekommen sei, daß er kritisch etwas aufgenommen habe, was sich nicht aufrecht erhalten lasse. Der Angeklagte Schröder verwarf die sich gegen den Vorwurf der Kritikalität; er habe die Briefe entnommen, die er für zuverlässig halten mußte. Die Zeugen hätten nun in einigen Meinungen anders ausgesagt, im großen und ganzen aber den Inhalt des Artikels bestätigt. Er habe den Artikel nur in Erfüllung seiner publizistischen Pflicht aufgenommen. Monatlang seien in der gesamten Presse Briefe mit viel schwereren Beschuldigungen veröffentlicht worden, ohne daß eine Klage erfolgte. Fast fünf Monate nach Beginn der China-Expedition habe der Kriegsminister im Reichstage erklärt, daß er Strafantrag gegen einzelne Blätter gestellt habe.

Auf eine weitere Beweisaufnahme wurde verzichtet. Der Erste Staatsanwalt Steinhilber gab zu, daß einmal 22 Vorgesetzte gefangen genommen waren, bei einem Rückzug erschossen worden seien, in dem Briefe sei die Sache aber so dargestellt, als hätten die deutschen Truppen die Gefangenen aus reiner Mordlust massakriert, als hätten sie gefesselt und geprügelt wie die Kamibalen. Habe der Angeklagte um seine publizistische Pflicht erfüllen wollen, so habe er ein durchaus verhehltes Mittel angewendet. Dadurch, daß der Brief von einem Chineser her rühre, werde keineswegs gewährleistet, daß dessen Inhalt der Wahrheit entspreche. Der Angeklagte hätte den Brief nicht ohne weiteres zum Abdruck bringen dürfen. Aus der ironischen Ueberschrift „Die milde Kriegsführung“ gehe so recht hervor, daß der Artikel darauf berechnet war, zu zeigen und die deutsche Regierung in den Staub zu ziehen. Der Angeklagte habe den deutschen Namen geschändet und sich nicht entblödet, als Deutscher den Bruder und Soldaten zu verunglimpfen. Eine Geldstrafe könne er gegen den wegen Verleumdung durch die Presse mehrfach Vorbestrauten nicht beantragen, da zu beschränkt sei, daß ein wohlhabender Genosse für den Angeklagten eintrete; er beantrage gegen ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Sollte der Gerichtshof vernachlässigen, daß der Angeklagte seit 1894 straffrei war, so würden 4 Monate Gefängnis angemessen sein. Der Verteidiger Rechtsanwalt Freudenthal behandelte zunächst die Frage der Stellung des Strafantrages durch den Kriegsminister. Der Standpunkt des Reichsgerichts sei unhaltbar; es sei keine Kriegserklärung gegen China ausgesprochen; auch habe Deutschland nicht im völkerrechtlichen Sinne interveniert. Im Reichstage sei allgemein, auch von den Vertretern der Regierung anerkannt, daß die Bildung der Formationen in China ungesetzlich war. Welche Bedeutung habe nun die im Gesetz ausgesprochene Indemnität für den vorliegenden Fall? Das Reichsgericht meine, durch die Indemnität würden alle Maßnahmen des Reichskanzlers genehmigt, aber das Reichsgericht hat den § 5 des Gesetzes übersehen. Derselbe lautet:

„Die nach China entsandten Truppenkörper, für welche eine gesetzliche Basis nicht besteht oder nicht zum Zwecke dauernder oder vorübergehender Besetzung chinesischen Gebietes geschaffen wird, sobald sie ihre Aufgaben in China erfüllt haben, aufzulösen.“ Das diese Truppenkörper eine gesetzliche Basis nicht hatten, ist festgesetzt; sie haben auch heute noch keine gesetzliche Basis. Nun sagt aber das Reichsgericht: „Wenn die Truppenteile keine gesetzliche Basis haben, haben sie auch keinen amtlichen Vorgesetzten.“ Und das ist der Fall. Die Truppen hätten vielleicht selbst Strafantrag stellen können, aber ein derartiger Antrag liegt nicht vor. Weiter ist zu beachten, daß auf dem Haager Kongreß Bedingungen festgesetzt sind, wie die Kriegführenden Teile sich den Civilisten desjenigen Staates gegenüber zu verhalten haben, mit dem sie augenblicklich Krieg führen. In dem vorliegenden Fall handelte es sich nicht etwa um Kriegsgefangene, sondern um Civilisten, die zu Tode nach dem Haager Abkommen verboten war. Wenn man das im Auge faßt, kann man nicht zu der Auffassung des Staatsanwalts kommen, sondern man wird den Artikel interpretieren müssen, wie man den Brief eines Soldaten interpretiert, der nach Hause berichtet und den Mund etwas voll nimmt. Ich beantrage deshalb, von einer Gefängnisstrafe abzusehen und höchstens auf Geldstrafe zu erkennen.

Der Angeklagte Schröder wies nochmals darauf hin, daß die „Sunnbriefe“ zuerst in der sogenannten staatsbehaltenden Presse, ja sogar in Amtsblättern veröffentlicht sind. Sollte der Gerichtshof annehmen, daß die Behauptungen des Artikels alle falsch sind, so müßte er auf die Vernehmung einer Anzahl von Zeugen an Gerichtsstelle bestehen, um zu beweisen, daß sich die Vorgänge wirklich so abgespielt haben, wie es der Briefschreiber darstellte.

Vorsitzender: Also, Sie wollen sagen, daß von den Gefangenen zu und so viele ohne Grund totgeschossen sind? Es ist doch erwiesen, daß eine Anzahl von Leuten festgenommen sind, daß sich überall die Leiden zeigte, zu sieben und daß die Leute durch den Dolmetscher darauf aufmerksam gemacht wurden, daß, wer nicht, sich der Gefahr des Todes aussetzt.

Staatsanwalt: Ich habe auch nur gesagt, daß es falsch ist, daß die Leute grundlos hingerichtet sind, wie es in dem Artikel heißt.

Angeh. Schröder: Dann liegt die Sache ja wesentlich anders. Der Staatsanwalt scheint überhaupt in großer Verlegenheit mir gegenüber gewesen zu sein, als er die Klage erhob. Man kann den Artikel mit der schärfsten Lupe betrachten und man wird nichts darin finden, was gegen die §§ 185 oder 186 des Strafgesetzbuchs verstößt. Erst als ich durch die Verhandlung gegen Schmidt und John erfuhr, welche Stellen des Artikels eigentlich inkriminiert seien, wurde mir klar, warum nicht das Blatt unter Anklage gestellt war, das zuerst den Brief gebracht hatte, die in Stuttgart erscheinende „Schwäbische Zeitung“. In Württemberg hätte sich schwerlich ein Staatsanwalt gefunden, der Anklage erhoben hätte. Natürlich ist es ganz unmöglich, bis in alle Einzelheiten zu beweisen, was tausend Weilen von hier geschehen ist. Da sieht der Redacteur einfach ohnmächtig da.

Auch der Staatsanwalt selbst erhebt ja tagtäglich Anklagen, von denen ein Teil sich als nicht erwieslich wahr herausstellt. Dem deutschen Heere in Ostasien Gemeinheiten nachzusagen, hat mir völlig fern gelegen. Den Brief mußte ich veröffentlichen, zumal da ich auch heute noch das darin Behauptete für richtig halte. Bei der Strafabmessung bitte ich zu berücksichtigen, daß ich nur wegen Vergehens zuletzt vor fast 10 Jahren vorbestraft bin. Einen derartig gemäßigten Redacteur darf man doch nicht mit einem Gewohnheitsdieb oder gewerbmäßigen Heiratskinder auf eine Stufe stellen.

Nach kurzer Beratung verurteilte der Gerichtshof das Urteil. Der Weisungsantrag wurde abgelehnt, da das Gericht die in dem Artikel behaupteten Thatsachen als wahr unterstellte. Die Behauptung des Artikels, daß mitgeführte Gefangene ohne Grund getötet seien und daß das deutsche Heer geplündert habe, enthalte den Vorwurf einer barbarischen Kriegsführung, die eines civilisierten Volkes unwürdig sei. Nun mag es ja richtig sein, daß, wer den Brief liest, sich sagt, man dürfe nicht jedes Wort, das ein Soldat schreibt, auf die Goldwaage legen, und daß aus diesem Grunde gegen andere Blätter kein Strafantrag gestellt sei. Wenn aber solch Artikel in einem Blatt wie der „Vorwärts“ erscheine unter der häßlichen Ueberschrift: „Die milde Kriegsführung“, so mache sich der Redacteur die in dem Artikel enthaltene Behauptung, daß eine barbarische Kriegsführung stattgefunden hat, zu eigen. Das sei aber unabweisbar eine Verleumdung des Expeditionscorps. Zur Stellung des Strafantrages sei der Kriegsminister berechtigt gewesen; der Gerichtshof schlicke sich in dieser Hinsicht der Entscheidung des Reichsgerichts an. Der Angeklagte habe Thatsachen verbreitet, die geeignet sind, die preussische Armee in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Es liege ein Vergehen gegen § 186 vor, da die Thatsachen nicht erwieslich wahr sind. Das im Ausland stehende Heer in dieser Weise anzugreifen, sei eine ganz schimpfliche Art. Daher sei von einer Geldstrafe abgesehen und auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten erkannt worden. Dem Kriegsminister sei die Publikationsbefugnis im „Reichs-Anzeiger“ und im „Vorwärts“ anzuprechen und die Nummer 44 des „Vorwärts“ vom 21. Februar 1900 nebst Platten zu vernichten.

Partei-Nachrichten

Die diesjährige Landeskonferenz der Socialdemokratie Hessens findet Sonntag, den 7. September, im Gewerkschaftshaus in Worms statt. Außer dem Reichstagsabgeordneten des Landeskomitees stehen auf der Tagesordnung Referate über die bevorstehenden Landtagswahlen vom Genossen Dr. David und über die Reichstagswahlen vom Genossen Ulrich. Ueber den Parteitag zu München referiert Genosse Gramer-Darmstadt.

Für Schleswig-Holstein und Hamburg, einschließlich Herzogtum Lauenburg und Fürstentum Lüneburg, findet am 31. August eine Parteikonferenz in Flensburg statt. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten wird über die nächsten Reichstags- und Landtagswahlen sowie über die Dänefrage verhandelt werden.

Gemeindevahlen in Böhmen. In Sokran, der größten Gemeinde des Böhmer Bezirks, siegte in der dritten Klasse die socialdemokratische Liste gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien. In der zweiten Klasse wurden 22 socialdemokratische gegen 41 bürgerliche Stimmen abgegeben.

Politik, Gerichtliches usw.

— Eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der Verbrüderungsvorarbeiten sollten die Parteigenossen Kriebel und Reiffner dadurch verrichtet haben, daß sie Sonntag anserhalb der Stunden des Gottesdienstes im Wahlkreise Wiesbaden socialdemokratische Wahlzettel und Flugblätter verteilt hätten. Das Landgericht als Verurteilung sprach sie jedoch frei und führte aus, daß es sich hier nicht um eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der Verordnungen über die äußere Gehaltung der Sonn- und Feiertage handelte. Zur Erfüllung ihres Vertriebes gehöre, daß die fragliche Thätigkeit geeignet sei, die Feiertagsruhe zu stören und das religiöse Gefühl des Publikums zu verletzen. Das Vorliegen dieser Bedingung müsse hier bei dem geschlossenen Verteilen der Blätter außerhalb der Stunden des Gottesdienstes verneint werden. — Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Kammergericht mit der Begründung verworfen, daß das Landgericht den Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit nicht verkannt habe.

Sociales.

Amliche schwarze Listen. Im Niederbarnimer Kreisblatt vom 8. Juli finden wir im amtlichen Teil eine Nachweisung der im Monat Mai 1902 zur Kenntnis des Arbeitsamtes der Landwirtschaftskammer gelangten Kontraktbruchfälle in landwirtschaftlichen Betrieben des Kreises Niederbarnim und der benachbarten Kreise. Sein äußerst geordnet finden wir das Datum des Kontraktbruchs, Stand und Name, Alter und Geburtsort, den Ort, an welchem der Kontraktbruch verübt wurde, jetziger Aufenthaltsort der Kontraktbrüchigen, Angabe über die etwa erfolgte Bestrafung und sonstige Bestrafungen. Unter den zwanzig aufgeführten Vandalen finden wir 11 Wanderarbeiter und 9 als Anechte bezeichnende Personen, von denen die Mehrzahl aus Galizien stammt. Trotz der Polenz müssen es wohl die billigen und willigen Arbeitskräfte sein, welche dem Agrarier zur Verfügung stehen. Strafantrag ist in den meisten Fällen gestellt und sind auch bei Verurteilung, unter anderem bei einer Arbeiterin 15 M. Geldstrafe eingezozen. Zum Schluß werden Polizei- und Gemeindebehörden ersucht, geeignete Maßnahmen zur Ermittlung der Personen mit unbekanntem Aufenthaltsort zu treffen und die Nachricht darüber sogleich an das Landratsamt und das Arbeitsamt gelangen zu lassen.

Und das alles auf Grund der preussischen Gefinde-Ordnung vom Jahre 1810. Für die nächsten preussischen Landtagswahlen treffliches Material!

Eisenbahn-Klaven. Zu dem Kapitel „Eisenbahn-Verwaltungen und Konsumvereine“ teilt der „Domburger Echo“ folgende Verurteilung der Eisenbahn-Direktion Litva vom 10. Mai d. J. mit:

Es hat sich herausgestellt, daß die Leitung und Verwaltung des „Konsumvereins“ für Harburg, Wilhelmshagen und Umgebung zu Harburg“ sich ausschließlich in den Händen von Personen befindet, die sich zur Socialdemokratie bekennen und den socialdemokratischen Charakter des Vereins offen nach außen betätigen. Wie allen Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung bekannt ist, vertritt sich die Zugehörigkeit zu einem derartigen Verein nicht mit den von ihnen gegenüber der Staatsverwaltung übernommenen Pflichten. Wir unterlagen daher zugleich im Namen der königlichen Eisenbahndirektionen Hannover und Münster allen Bediensteten der Staatsbahnverwaltung die Beteiligung an dem „Konsumverein“ für Harburg, Wilhelmshagen und Umgebung zu Harburg“ und fordern diejenigen Bediensteten, welche gegenwärtig dem Verein angehören, auf, die Mitgliedschaft noch vor dem 1. Juli d. J. schriftlich mit eigenhändiger Unterschrift zu kündigen.

Auch wenn die Behauptung der Eisenbahndirektion Litva richtig wäre, daß der genannte Verein socialdemokratischen Charakter trage, wäre die Verurteilung ein Akt unzulässiger Willkür und Freiheitsbeschränkung, denn kein Gesetz untersagt den Eisenbahnern das Bekennnis zu socialdemokratischen Anschauungen. Aber die Behauptung ist nicht richtig. Unter Betätigung socialdemokratischen Charakters kann ja in diesem Zusammenhang nur politische Thätigkeit gemeint sein, eine solche ist aber den Konsumvereinen gesetzlich untersagt

bei Strafe der Kesselführung, sie dürfen nicht weiter thun wie Waren produzieren, kaufen und verkaufen und die Behörden wachen streng darüber, daß die Vereine diese Grenze nicht überschreiten. Wie will man beim Warenhandel socialdemokratischen Charakter betätigen?

Krisis und Bevölkerungsbewegung. Aus den soeben im Regierungsorgan veröffentlichten Erhebungen über die Bevölkerungsbewegung in Schwarzburg-Rudolstadt im Jahre 1901 ergibt sich mit greifbarer Deutlichkeit der Einfluß der Krise auf die Zahl der Geburten und Todesfälle. Geboren wurden 1900: 3208, 1901: 3222, also weniger 76; es starben 1900: 1655, 1901: 1772, also mehr 117. Weniger Geburten, mehr Todesfälle! Aber trotz alledem brauchen wir natürlich dringend eine Erhöhung der Lebensmittelpreise durch Zollerhöhungen!

Ein Bleiweißverbot fordert eine Versammlung der Maler, Anstreicher und Lackierer in Wien, die sich dieser Tage eingehend mit den schädlichen Wirkungen der bleihaltigen Farben beschäftigte. In der Versammlung trug der Obmann des Malerverbandes die folgende Statistik vor: Es entfielen bei Malern und Anstreichern im Jahre

Table with 3 columns: Year, Bleiweißvergiftungsfälle, Krankheitsklagen

Die niederländischen Arbeitskammern haben dieser Tage in Utrecht einen allgemeinen Kongreß abgehalten, an dem 51 der circa 100 Arbeitskammern des Landes vertreten waren. Der Kongreß beschloß, durch Aufklärung und durch Propagierung der Wahl besonders geeigneter Arbeitgeber und Arbeiter den Einfluß der Kammer zu stärken. Nach einer Verordnung vom Juli 1901 haben die Arbeitskammern auch die Aufgabe, Untersuchungen über Ursachen, Verlauf und Beendigung von Arbeitsverhältnissen zu veranstalten. Hierzu wurde nun beantragt, der Kongreß solle von der Regierung das Enquete-Recht für die Kammer verlangen, wodurch diese in den Stand gesetzt werden würden, bei Ausständen sich über die Profite der betreffenden Arbeitgeber zu informieren. Der Antrag, der von Henri Polak (Amsterdam) und von einem Bäckermeister aus Rotterdam verteidigt, von dem Vertreter der Brillanindustrie Amsterdam aber scharf bekämpft wurde, wurde schließlich für nächstes Jahr zurückgestellt. — Um den Kongressen der Arbeitskammern eine festere Grundlage zu geben, soll ein Reglement ausgearbeitet werden. Es war dieser der erste derartige Kongreß und man kann wohl erwarten, daß die kommenden eine bessere Ausbeute ergeben.

Lokales.

Bereite Verteidiger und schweigsame Staatsanwälte.

Der letzte Verhandlungstag des Sanden-Prozesses nahm einen überaus seltsamen, ja überaus merkwürdigen Verlauf. Nachdem Justizrat Sello etwa sechs, Justizrat Mundel etwa eine Stunde lang gesprochen hatten, erhob sich der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Wedel, zu der Erklärung, daß die Ausführungen der Verteidiger „wirklich glänzend“ gewesen seien, er aber nichtabsichtlich bei dem Standpunkte der Anklage verharren müsse.

Er sprach und — schweig. Der Staatsanwalt hielt es nicht für notwendig, gegenüber den „wirklich glänzenden“ Ausführungen der Verteidiger seine gegenteilige Uebersetzung des Näheren zu vertreten. Die Bewunderung, die er den Reden der Anwälte zollte, läßt es als unbedeutend erscheinen, daß ihm die lebhaftesten Anschuldigungen, die seine Anklage erfahren hätte, der Erwiderung unwert erschienen hätten. Ein Zwang, die Verhandlung möglichst rasch zu beenden, aus dem man die rednerische Enthaltensart des öffentlichen Anklägers vielleicht erklären könnte, liegt aber nicht vor. Gerichtsverhandlungen sind jedoch keine — Handelsverträge. Und so wird es immerhin ein überaus merkwürdiges Kuriosum in der Geschichte berühmter Prozesse bleiben, daß ein Staatsanwalt auf die zwanzigstündigen Verteidigerreden der Anwälte nichts, aber auch gar nichts zu erwidern für notwendig fand.

Aus dem Munde der beiden letzten Verteidiger haben wir erfahren, daß die Angeklagten Ehrenmänner von untadelhaftem Charakter seien. Justizrat Sello rühmte dem Angeklagten Otto Sanden „grundloses (soll wohl heißen unendliches. D. V.) Gottvertrauen“ und „unermüdbliche Treue im Dienste der Kunst“, „Ehrlichkeit“ und „Rasslosigkeit“ nach. Ueber allen persönlichen Interessen sei ihm gestanden, „was seinen treuen Händen anvertraut war“. Wenn auch „bei seinen hohen Sonnenstuge das Wachs seiner Fingel geschmolzen sei“, unterliege er doch nie gewesen! Alles in allem biete Otto Sandens Leben ein „führendes und schönes Beispiel treuer und erster Mannedarbei“ dar. Mit „tiefem Schmerz“ habe er aus dem Munde des Staatsanwalts die Behauptung gehört, die Angeklagten hätten wahrscheinlich fünfmal mehr verbrochen, als man ihnen nachweisen könne. — Verschiedene Briefe, in denen Otto Sanden nach der Auffassung des Verteidigers die Mißwirtschaft, die er getrieben, eingestehet, sind „das strenge Ringen einer mit ersten Dingen beschäftigten Mannesseele“ und „Stunden in sich gelehrten Selbstgespräch“.

Die Einnahmen, über die Otto Sanden verfügte (nach den Einschätzungen der Steuerbehörde hat er durchschnittlich jährlich 200 000 Mark bezogen und ein Vermögen von über 3 Millionen angehäuft) seien wohlverdient gewesen, die nur der Reiz der ehrlichen Arbeit mitgenommen könnte. Hier gelte das Videlvort, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert sei. Zwar werde eine gewisse Preisse, in deren Interesse es so liege, seinen Klienten nach dem zu erhoffenden Freipensche wieder mit „Schmutz und Steinen“ bewerkeln, nichtabsichtlich bleibe er ein Ehrenmann.

Wochte man Justizrat Sellos blütenprächtige Rede gewissermaßen noch als eine unpersönliche Verlesung in die Gedankenwelt seiner Klienten betrachten dürfen, so ließ Justizrat Mundel seiner Zweiselt darüber bestehen, daß seine Ausführungen eine persönliche Konfession zur Moral seiner Klienten seien. Derselbe Justizrat Mundel, den bekanntlich in recht schämen, für ihn aber sehr erstreblichen Tagen eine weitgehende Solidarität der materiellen Interessen mit den Angeklagten verband fand den Mut des rücksichtslosen Vekommens, indem er sich mit den Angeklagten, wenn auch nicht strafrechtlich, so doch sittlich für solidarisch erklärte. Nicht sie, meint der entscheidende Vertreter des laissez faire (gehen lassen), trügen die Schuld an dem Zusammenbruche, sondern die zu weit gehende Aufsicht des staatlichen Organs hätte die Schwertzeitigen der Banken verursacht. Die Angeklagten seien insgesamt „anständige Menschen“, und nur „unabhängige Menschen“ könnten sie des Zantienmenschen beschuldigen. Edward Sandens Einkommen (in den letzten sechs Jahren durchschnittlich 385 000 M.) sei wohlverdient gewesen! Schließlich erklärte H. A. Wernstein, Edward Sanden habe der Preussensbank bei ihrem Zusammenbruche aus eignen Mitteln freiwillige Zuwendungen gemacht, er habe ihr also nichts genommen, sondern ihr noch gegeben.

Selbstverständlich sind es nicht diese Ausführungen allein, die der Staatsanwalt unerwidert gelassen hatte. Wie in den beiden vorausgehenden Tagen beschäftigten sich die Anwälte auch diesmal wieder sehr eingehend mit wirtschaftlichen und juristischen Einzelfragen. Auch diesmal ging ihre Verteidigung in der Hauptfrage dahin, daß eine Spannung zwischen den buchmäßigen Äußerungen der Banken und ihrem wirklichen Werte in der Hauptsache nicht bestanden habe, sondern durch die Mänschaften einer Gegenseite künstlich hervorgerufen worden sei, wo sie aber demnach vorhanden gewesen wäre, nicht auf den bösen Willen

der Angeklagten zurückgeführt werden könnte. Justizrat Munde behandelte u. a. das sehr zeitgemäße Thema der Bilanzverschleierung, erklärte wiederum sehr offenherzig, daß eine vollkommen durchsichtige Bilanz eine Unmöglichkeit sei, und forderte den Staatsanwalt direkt zu einer Aufklärung darüber auf, wo die gebotene Discretion der Geschäftsberichte aufhöre und die verbotene Verschleierung beginne. Der Staatsanwalt ließ sich aber auf eine Erörterung dieser verwinkelten Frage nicht ein, sondern erwählte der Weisheit besseren Teil.

Man muß indes offen eingestehen, daß die Stellung des Staatsanwalts in diesem Prozeß recht schwierig gewesen ist. Die Thaten der Sonden und Schmidt lassen sich schließlich nicht so ohne weiteres als die vereinzelten Ausschreitungen verbrüderlich veranlagter Personen erklären, sie sind vielmehr die Auswüchse eines Systems, eines wirtschaftlichen Systems, das die königliche Staatsanwaltschaft sonst gegen die Angriffe der socialdemokratischen Kritik recht energisch zu verteidigen pflegt. Kein Wunder also, daß ihr rechts und links und alles vertauscht erschien und ihr sonst so beredeter Mund diesmal verstummte!

Die Angeklagten verzichteten auf das Wort. Nur Eduard Sonden bat, man möchte den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nicht über ihn verhängen. Damit war die eigentliche Verhandlung geschlossen. Die Verkündung des Urteils erfolgt Freitag um 10 Uhr vormittags.

Aus einer Verkaufsstelle für Unfallverletzte.

In der von der Nordöstlichen Bauergewerks-Vereinsgenossenschaft, Sektion I benutzten, Mechanotherapeutischen Klinik, Großbeerenstraße 28 D, hat die erwartete Revision, wie uns aus dem Kreise der Pflöglinge mitgeteilt wird, nun hauptsächlich stattgefunden. Eine Kommission vom Reichs-Versicherungsamt hat sich in die Anstalt begeben und sie einer mehrere Stunden dauernden Besichtigung unterzogen. Die Vermutung der Pflöglinge, daß das Großreinemachen, das sie in den letzten Tagen stummend mitangehen hatten, etwas zu bedeuten habe, war also begründet. In der Besichtigung hinzugezogen war außer dem Anstaltsarzt Herrn Dr. Kömmerl auch Herr Maurer- und Zimmermeister Gömann, Vorsitzender von Sektion I der Berufsgenossenschaft und zugleich Eigentümer des Hauses Großbeerenstr. 28 D.

Das Ergebnis der mit unermeßlicher Gründlichkeit vorgenommenen Besichtigung war für die Verwaltung und Leitung der Klinik und damit auch für die Berufsgenossenschaft, die die im Hause ihres Vorsitzenden untergebrachte Klinik zur Heilung ihrer Unfallverletzten benutzt, sehr belastend. Warum die Anstalt bei den Arbeitern des Baugewerbes in so schlechtem Ruf steht, das dürfte durch diese Revision auch dem Reichs-Versicherungsamt klar geworden sein. Von einem Teil der Beschwerden, die die Pflöglinge haben und aus denen wir in unserer Dienstags-Kammer eine Auslese gegeben haben, konnte sofort festgestellt werden, daß sie begründet sind. Die Berechtigung der Klagen wurde durch den Augenblick ohne weiteres erwiesen. Trotz des Großreinemachens war noch genug vorhanden, was der Kommission Anlaß zu verwundbarem Kopfschütteln gab, vor allem die Mängelhaftigkeit der Ausstattung. Von anderen Mängeln wurde konstatiert, daß sie erst in allerletzter Zeit und in größter Eile beseitigt oder wenigstens gemildert worden sind. Die von der Kommission besetzten Pflöglinge sorgten dafür, daß die Kommission hierüber Aufschluß erhielt. Die Mängelverzeichnisse waren noch am Tage vorher verfertigt und mit Tapetenkleber überklebt worden. Auch die Kleiderrechen, die die Kommission an den Wänden vorfand, sind zum Teil erst eine Errungenschaft der allerletzten Tage. Den Mangel an Licht konnte die Kommission leider nicht aus eigener Anschauung kennen lernen. Wäre sie abends um 8 oder 9 gekommen, dann hätte sie, um die einzelnen, in totale Finsternis gehüllten Räume nacheinander abzugehen zu können, sich mit etlichen Schachteln Streichhölzern bewaffnen müssen. Die Pflöglinge, die die vorhandenen Lampen sonst sogar in ihren Wohn- und Schlafräumen nicht anzünden dürfen, vernahmen allerdings, daß der Kommission die Benutzung von Streichhölzern doch wohl eripart geblieben wäre. Sie nehmen an, daß aus Anlaß dieses Besuches die Anstalt eine festliche Beleuchtung erhalten hätte. Von den mancherlei Mischständen, die sich sonst noch in der Anstalt vorfinden, sei hier noch der Mangel an Wäsche erwähnt. Leibwäsche wird für die Pflöglinge nicht bereit gehalten. Sie müssen sie selber mitbringen und selber für das Waschen aufkommen. Ein Mitglied der Kommission stellte fest, daß zwei Pflöglinge, die von außerhalb gekommen waren, aus Mangel an Weitein die Wäsche seit mehr als acht Tagen nicht hatten wechseln können. Ein anderer Pflögling, der im Bett lag und zum Schwitzen eingenommen hatte, verfügte gleichfalls über kein Hemd zum Wechseln.

Zu den Klagen über die Beschäftigung wurde auch das Dienstpersonal der verwitweten Frau Dr. Golobjewski, die als Inhaberin der Klinik bezeichnet wird und die Kost liefert, von der Kommission vernommen. Dabei soll angelegt worden sein, daß beispielsweise von der Fleischbrühe zunächst für den Privatbedarf der Frau Doktor ein gewisses Quantum abgethan und der Rest durch Injanz von Wasser verlängert wird. Daß im übrigen das Essen in der letzten Zeit bereits in mangelhafter Hinsicht etwas besser geworden ist, wurde von den Pflöglingen selber hervorgehoben. Auch hier wird jetzt dreimal in der Woche zu Abend gegeben. Ein Mitglied der Kommission stellte hierzu die Frage: „Seit wann?“ Die Antwort lautete: „Seit — vorgestern!“

Wir wiederholen: volle Besichtigung der Mischstände, die unter den Augen des Vorstandes der Berufsgenossenschaft so lange bestanden haben, muß auf das entschiedenste gefordert werden. Wir wollen abwarten, ob das Reichs-Versicherungsamt nunmehr energisch auf Abhilfe dringen wird. Das beste wäre, wenn die Anstalt überhaupt geschlossen würde. Nach dem Ergebnis der Revision wird sich niemand mehr darüber wundern dürfen, daß die Arbeiterkassette zu der Berufsgenossenschaft und ihren Einrichtungen kein Vertrauen habe. Wie hätte doch der Vorstand der Berufsgenossenschaft, der „kein Ausschlußrecht“ über die Anstalt zu haben behauptet, noch vor vier Wochen den sich beschwerenden Pflöglingen geantwortet? Er habe „ermittelt, daß im allgemeinen berechtigete Klagen über die Anstalt nicht geführt werden können!“

Auch mit der Frage sollte sich übrigens die Aufsichtsbehörde einmal beschäftigen, ob die Grundzüge, die in dieser so wenig mutterhoffen Anstalt gelten, nicht auch noch in anderer Hinsicht sehr der Korrektur bedürfen. Vor mehreren Monaten, als gleichfalls bereits eine Art Revision der Anstalt stattfand, soll es das Mißfallen des Vertreters der Aufsichtsbehörde erzeugt haben, daß ein Verletzter trotz aller Bemühungen der Behandlungsleiter immer noch in der Anstalt zurückgehalten worden war — im ganzen rund e in h a l b e s Jahr, wenn man uns richtig berichtet hat. Die Arbeiter pflegen solche Anstalten nicht mit Unrecht „Rentenquerschen“ zu nennen.

Zustände auf städtischen Bauten. In dem Unfall des Arbeiters Amert auf dem Neubau der Schule Hohenstaufenstraße in Schöneberg, den die Firma Büsse und Gausow ausführte, wird uns noch von sachverständiger Seite geschrieben. Auf diesem Musterbau ist es üblich, daß allabendlich 8 bis 15 Arbeiter bis tief in die Nacht arbeiten müssen. Kommt es vor, daß dieselben nach vollbrachter 9—10 stündiger Arbeit dem Polter gegenüber den Wunsch ausdrücken, nach Hause gehen zu dürfen, so heißt es einfach, wenn es nicht geht, kann gehen. So kam es, daß sich der Unfall um $\frac{1}{4}$ Uhr abends ereignete, wo auf andern Bauten längst Ruhe herrscht. Amert war mit mehreren Kollegen beim Eisenverlegen beschäftigt; beim Aufsteigen eines Trägers griff Amert fehl und stürzte, unterwegs auf einen Metallträger aufliegend, in den mit Klammern bedeckten Fußboden des Kellers. Er erlitt große Verletzungen am Kopf, an der Seite und anscheinend eine schwere Verletzung der Armmuskeln. Amert wurde nach der Unfallstation und von hier nach der Charité gebracht. Es ist bedauerlich, daß sogar auf Schanbauten die Fragen so schlecht abgehandelt sind, daß bei einem derartigen Unglücksfall der Verunglückte bis in den Keller fallen kann. Auch bezüglich der Schuttdächer und sonstigen Abdeckungen herrschen große Uebelstände. So ist es vorgekommen, daß

ein Weil durch die Mängel viel und infolge des Fehlens eines Schuttdaches unten auf dem Arm eines Arbeiters aufschlag, glücklicherweise mit der Rückseite, so daß es ohne eine Verletzung abging.

Gegenüber solchen leichtfertigen Vanaufführungen zeigt sich wieder, wie berechtigt die Forderung der socialdemokratischen Vertreter ist, die Bauten in eigener Regie der Stadt aufzuführen. Mögen aber auch die Arbeiter aus solchen Vorkommnissen die Lehre ziehen, wie notwendig die Organisation ist, um gegen diese Ausbeutung und Gefährdung des Lebens durch gewissenlose Unternehmer energisch auftreten zu können.

Zwei Zusammenstöße mit Omnibussen haben vorgestern Abend resp. gestern Morgen stattgefunden. Am Dienstagabend gegen $\frac{1}{4}$ 11 Uhr fuhr der Omnibus 780 der Strecke Blücherplatz—Hermannsplatz, einem vor ihm befindlichen Gefährt ausweichend, vor dem Hause Blücherstr. 30 links nach dem Straßenbahngeleise hinüber, auf welchem aus entgegengesetzter Richtung der Accumulatorenwagen 1228 der Straßenbahnlinie Nitzdorf—Roßbitt entgegenkam. Beide Wagenführer bemühten sich vergeblich, den Zusammenstoß zu vermeiden. Der Omnibusfahrer stieß mit dem Kopf derartig gegen das Deck des Straßenbahnwagens, daß er eine erhebliche Kopfverwunde erlitt und noch dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Das Omnibuspferd stürzte, geriet gegen die Schutzvorrichtung, wurde etwa drei Meter weit mitgeschleift und erheblich verletzt. — Ein gefährlicher Zusammenstoß des Post-Paletwagens 441 mit dem Omnibus der Linie Chausseestraße—Halleisches Thor fand vorgestern Morgen gegen 9 Uhr an der Ecke der Friedrichs- und Behrenstraße infolge übermäßigen Sprengens des Straßenbahnwagens statt. Der Omnibus bog vorwärtsmäßig in weitem Bogen von der Behrenstraße in die Friedrichstraße ein, als der Postwagen die letztere entlang fuhr. Das Pferd des Postwagens glitt jedoch bei dem Variieren auf dem schlüpfrigen Asphalt aus und der Schärbaum des weiterrollenden Gefährtes drang in die Seite des Omnibusses. Von diesem wurden die Fensterhebeln zertrümmert, so daß die Glasplättchen in weitem Bogen umherflogen und nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß von den entsetzt sächtenden, Hilfe rufenden Passagieren niemand verletzt wurde.

Von der elektrischen Straßenbahn überfahren wurde Mittwochnachmittag 6 Uhr, an der Ecke Bismarck- und Bismarckstraße, der achtjährige Alfred Jungmann aus der Prinzenstr. 37. Die Feuerwehr betrat die schwerverletzte Kind, legte ihm auf der benachbarten Feuerwache einen Rotverband an und brachte es dann nach dem Urban-Krankenhaus. Die Schuld an dem Unfall soll den Anabe selbst treffen.

Beim Ausstieg auf dem Vorderperron der elektrischen Straßenbahn Schöneberg—Alexanderplatz verunglückte am Mittwoch in der Mittagstunde in der Tempelhoferstraße, Ecke der Hauptstraße, ein gut gekleideter Mann. Infolge Abrutschens vom Treittret trat er zu Fall und geriet zwischen Vorderschwellen und Geleise, so daß der Verunglückte einen Bruch des rechten Beines davontrug. Mehrere Schuttpolizisten sorgten für die weitere Unterbringung des Verletzten.

Beim Absteigen von einem elektrischen Wagen verunglückte vorgestern der 30 Jahre alte Schiffer Vincenz Kalonni, der zur Zeit mit seinem Sohn am Alexander-Über liegt. Der Mann fuhr nach Tegeler. Als er dort abstieg, setzte sich der Wagen wieder in Bewegung, bevor er ihn ganz verlassen hatte. Daher fiel er hin und brach sich den linken Oberarm; andre Verletzungen erwiesen sich als weniger bedeutend. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Durch einen Hufschlag der Schädel zerschmettert wurde der 61 Jahre alte Witwe Wilhelmine Dänst, die mit ihrem Sohne zusammen in der Daldorferstr. 1 ein Fuhrgeschäft betreibt. Als sie vorgestern Morgen im Stalle selbst ein Pferd putzte, schlug es aus und traf sie mit dem Hufeisen an der Stirn. Die Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Bei einer Explosion im Circus Busch wurde vorgestern Mittag um 12 $\frac{1}{4}$ Uhr der 62 Jahre alte Arbeiter Theodor Zimmermann aus der Müdderstr. 2 erheblich verletzt. Wenn Niemand mit seinem Personal verliert, um anderswo zu spielen, bleibt Zimmermann zurück, um keine Ausbesserungen vorzunehmen und den Hund und die Käge zu füttern. Gestern wollte er sich in einer Kammer umziehen, in der für die Aufführungen erforderliche Pistolen geladen werden. Als er eine Gasflamme angezündet hatte, warf er das glimmende Bündel auf den Fußboden. Sofort gab es einen starken Knall mit einer heftigen Auferschütterung, die den alten Mann auf die Seite warf. Ein Hausdiener, der den Knall gehört hatte, sorgte für Hilfe. Zimmermann hatte sich eine schwere Verletzung an der rechten Hand, mit der er das Streichholz wegworf, und eine leichtere am rechten Ohr zugezogen und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Da die Gasleitung in Ordnung war, so kann er sich die Explosion nicht anders denken als dadurch, daß Pulver auf dem Fußboden verstreut war. Am Gebäude wurde kein Schaden angerichtet.

Seit acht Tagen tot in ihrer Wohnung gelegen hat die 55 Jahre alte Erzieherin Marie Heimann, die seit vier Jahren in dem Hause Volkshaus, 4 für sich allein ein möbliertes Zimmer inne hatte. Die alte Dame hatte zuletzt keine Beschäftigung mehr und lebte von Eripantillen und Zuwendungen von Herrschaften, bei denen sie früher thätig gewesen war. Da man sie seit acht Tagen nicht mehr gesehen hatte, so ließ der Hausverwalter am Dienstag das Zimmer öffnen, und man fand sie nun tot in ihrem Bett liegen. Wohlgeschlafen hat ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende gemacht. Die Leiche war schon stark verwest.

Krankeiligkeit hat den 29 Jahre alten Fuhrknecht Albert Gudat aus der Urbanstraße 10 veranlaßt, ins Wasser zu gehen. Der Mann hatte seit vier Jahren eine gute Stellung und wollte sich im September d. J. verheiraten. Seit einem Jahre aber war er lungenkrank und die Zunahme seines Leidens überzeugte ihn, daß seine Zukunftspläne sich nicht verwirklichen würden. In der Verzweiflung verließ er Dienstagmorgen um 6 Uhr heimlich seine Wohnung und sprang in der Nähe des Försterhauses in den Landwehrkanal. Schon nach einer Stunde landeten Schiffer seine Leiche.

Geiperrt wird die Alte Jakobstraße von der Hofmannstraße bis zur Reubenburgerstraße, sowie die Reubenburgerstraße von der Alexandrinerstraße bis zur Alten Jakobstraße behufs Impfstärkung vom 21. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden wurde die Wehr mehrfach in Anspruch genommen. In der Schleifschmied, 13 am Dienstagabend 9 Uhr in einem Pferdehals durch Unvorsichtigkeit Feuer aus, wobei auch zwei Pferde von den Flammen erfaßt wurden. Nur mit großer Mühe gelang es, die wie rasend um sich schlagenden Tiere aus dem brennenden Stalle zu bringen, doch haben beide erhebliche Verwundungen davongetragen. Das Feuer wurde dann von der herbeigerufenen Wehr bald erstickt. Vorher mußte auf dem Ostbahnhof ein Pfeifschmiedbrand mit einem Rohr abgelöscht werden. Straßhundert 39 standen zur selben Zeit mehrere Bodenverhältnisse in Flammen. Fische und Regale wurden Aufschwanzstr. 50 eingeklappt. Ein Kellerbrand verurteilte eine Alarmierung nach Mauerstr. 28. Mästerstr. 50b und Frankstr. 20 hatte die Wehr zu thun, um Fußbodenbrände zu beseitigen. Mittwochnachmittag hatte Heidenfeldstr. 20 ein Posten Spähre vor einer Dampfesselheizung Feuer gefangen. Von Köpenicker Platz 4 wurde außerdem noch ein kleiner Wohnungsbrand gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Heute, Donnerstag, findet die Generalversammlung des Waldvereins statt, worauf wir die Mitglieder besonders aufmerksam machen.

Aus Nitzdorf. Eheliche Zwistigkeiten haben die verehelichte Schloffer Albert Bromberg geb. Müller, Treptowerstraße 48 wohnhaft, in den Tod getrieben. Als der Sohn der W. am Dienstagabend von Arbeit kam, fand er seine Mutter, nur mit dem Hemd bekleidet, tot mitten in der Stube liegen. Die unglückliche hatte sich vergiftet. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Leichenhalle gebracht.

Die Schönholzer Heide wird abgeholzt. Der schöne Wald, welcher sich zwischen Pantow, Nieder-Schönhaußen und Wilhelmshagen hinzieht — die Schönholzer Heide — wird in allernächster Zeit vom Erdboden verschwinden um einer neuen Villenkolonie Platz zu machen. Alle Bemühungen der Hausbesitzer und Einwohner der angrenzenden Orte, die Forst dauernd zu erhalten sind gescheitert, und auch ein unmittelbarer Anlauf an den Kaiser ist abgelehnt worden. Der Wald ist gestern verneuert worden und wird für den Preis von 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark in den Besitz der Firma Berg u. Co. übergehen. Ein 25 Morgen großes Stück, an dem zu häufigsten Schönholzer Gärtenhöfen des ehemals Waldterroirs ist nicht abgegrenzt und der Gemeinde Pantow zur Anlage eines Friedhofes überlassen worden. Mit der Schönholzer Heide verschwindet eine der bequemsten Erholungsorten der Berliner. Es ist der einzige Forst gewesen, welcher für ein Jahrgehalt von 10 Pfennigen vom Norden Berlins aus zu erreichen war und in der sich hauptsächlich an den Sonntagen Tausende von Reifrern ergingen. In den angrenzenden Gemeinden ist man über den von der Forstverwaltung beschlossenen Verkauf des Waldes, den man mit Recht den „Grünwald des Nordens“ nannte, allgemein überrascht. Während der Magistrat von Berlin sich bemüht, im Norden bis Reinickendorf hin einen Park anzulegen, verschwindet hier das letzte Stückchen Wald in der näheren Umgebung der Reichshauptstadt.

Von dem flüchtigen Konkursverwalter Julius Hegert aus Spandau, der nun seit etwa sechs Wochen verschwunden ist, fehlt noch jede Spur. Die Untersuchung gegen ihn hat bisher ergeben, daß er an Konkursgeldern 112 000 M. veruntreut hat.

Nachher man hierzu die erheblichen Beträge, die er einer Anzahl Spandauer Kaufleute unter falschen Vorisgebungen abgehändelt hat, sowie das Vermögen, welches seine unter verdächtigen Umständen verstorbene Schwiegermutter hinterlassen und das er alsbald an sich gebracht hat, so ergibt sich, daß Hegert ungefähr 200 000 M. beiseite geschafft hat. Immer mehr stellt sich heraus, daß die Gläubiger-Ausschüsse der meisten von ihm verwalteten Konkurse ihre Pflicht der Kontrolle nicht erfüllt haben; von verschiedenen Konkursen fehlt überhaupt jede Spur; Hegert hat die vorhandenen Warenbestände veräußert, die Kaufleute bereinigt und das Geld einfach in die Tasche gesteckt; die Gläubiger erhielten, wenn sie gar zu ungelblich wurden, keine Ratenszahlungen. Der Vorkonkurs, die eingegangenen Konkursgelder bei einer Bank oder der städtischen Sparkasse in Spandau bis zur Ansichtigung der Masse zu deponieren, hat Hegert nur in der ersten Zeit seiner amtlichen Thätigkeit Gemüge geleistet. In den späteren Jahren hat er unumschränkt über die Konkursgelder verfügt. Mit den unterschlagenen Konkursgeldern hat sich Hegert übrigens an größeren geschäftlichen Unternehmungen in Berlin und in der Provinz, so auch an einer Bergwerksgründung beteiligt.

Spandau. In dem Speisesaal der Munitionsfabrik stürzte am Sonntag ganz plötzlich der eiserne Wärmeparaat um, und zwar mit solcher Vehemenz, daß ein danebenstehender Tisch total zerschmettert wurde. Die an dem Tisch sitzenden Personen hatten wenige Augenblicke zuvor ihren Platz verlassen und sind nur durch diesen glücklichen Umstand vor schweren Körperschaden bewahrt geblieben.

Ein richtiges Sorgenkind ist für die Stadt Charlottenburg die Rieselfeld-Anlage bei Sotow-Spandau. Nachdem zahlreiche Entschädigungsklagen seitens der den Rieselfeldern benachbarten Grundstückbesitzer, wegen der Durchfeuchtung ihrer Grundstücke durch die Abwässer, der Stadt bereits riesige Opfer verursacht, wurde bekanntlich mit erheblichen Aufwendungen seitens der Stadtgemeinde Charlottenburg auf dem betreffenden Gelände ein großer Abfuhrgraben gebaut. Während nun die benachbarten Privat-Grundstücke bisher unter einer allzu reichlichen Feuchtigkeit litten, ist jetzt das Gegenteil eingetreten, einige Reister Klagen jetzt darüber, daß der Abfanggraben ihrem Boden jetzt allzu sehr die natürliche Feuchtigkeit entziehe und ihn zu sehr austrockne. Daß etwas Wahres daran sein muß, geht daraus hervor, daß die neben dem Abfanggraben gepflanzten jungen Klagen aus Mangel an Erdfruchtbarkeit zum größten Teil eingegangen sind und daß daselbst auch an andern Bäumen dieser Gegend bereits beobachtet worden ist. Am oberen Teil des städtischen Abfanggrabens verkrümpft das Gelände dagegen immer mehr; Charlottenburg zahlt darum auch schon seit Jahren den betr. Eigentümern die Nacht für ihre Reiter. Alle diese Opfer hätten sich wohl vermeiden lassen, wären die städtischen Sachverständigen seiner Zeit darauf gefaßt, daß fast das gesamte Gelände von einer sehr ausgebreiteten Lehm- und Thonschicht durchsetzt ist, welche das Durchdringen der Niederschläge in die tieferen Erdschichten verhindert und solche Folgezustände zeitigt!

Gerechtigkeits-Zeitung.

In dem Prozeß Sonden und Genossen wurden heute die Plaidoyers zu Ende geführt. Justizrat Sello sprach sechs Stunden zur Verteidigung für Otto Sonden und Hantsche. Ihm folgte Justizrat Munde in einer einstündigen Rede. Die Staatsanwaltschaft verzichtete auf eine Antwort. Das Urteil wird am Freitag verkündet.

Fabrikantin. Die Firma H. Engels in Berlin hatte für ihre etwa 100 Angestellten eine Kantine errichtet, die von den Angestellten selbst verwaltet wird. hatte sie aber nicht in den oberen Stadtteil, für das die Schancklitzung erreicht worden war, untergebracht, sondern im Keller. Für diesen war ihre neuer Zeit die Schancklitzung aus sanitärpolizeilichen Gründen ausdrücklich verboten worden. Die Firmeneinhaber wurden wegen Verletzung der Konzeptionsbedingungen mit Geldstrafen von je 30 M. bedacht und das Landgericht I erhielt die Strafen aufrecht, indem es davon ausging, daß die Angestellten die Schancklitzung betreibenden seien und nicht ihre Angehörigen, wenn diese auch die Verwaltung der Kantine in Händen hätten. Die betreffenden Angestellten seien nur ihre Vertreter, denn die Firma habe das größte Interesse daran gehabt, die Angestellten im Hause zu behalten.

Das Kammergericht gab der Revision der Angestellten statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an die Vorinstanz mit folgender Begründung zurück: Die Feststellungen des Landrichters genügen nicht zur Verurteilung der Angestellten. Strafbat im Sinne der Auflage mache sich nur, wer den Betrieb einer Schanckwirtschaft selbstständig unternehme und die Konzeptionsbedingungen übertrete. Selbständiger Unternehmer einer Schanckwirtschaft sei nur, in dessen Namen und für dessen Rechnung nach außen hin der Betrieb stattfinde. Dem Aufsehen nach hätten hier die Angestellten den Betrieb selbstständig geführt und durch ihren Ausnahmestellung. Sei dies der Fall, was das Landgericht noch näher nachprüfen müsse, so seien die Angestellten nicht die Unternehmer. Sie könnten sich aber der Weisheit schuldig gemacht haben. Auch das müsse das Landgericht nachprüfen.

Leipziger Bankprozeß. Bei Eintritt in die Tagesordnung kommt der letzte Punkt des Eröffnungsbeschlusses zur Verhandlung, nämlich die Klage gegen Dodel, Gruer und Genisch wegen Untreue, beantragen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Aufsichtsrates der Leipziger Hypothekbank, die infolge des Verhaltens der Beschlusmitglieder am Tage der Konkursöffnung ein Gutachten von 2 101 415 M. bei der Leipziger Bank hatte. Angellager Gruer schildert eingehend die Geschäfte und den Entwicklungsgang der Leipziger Hypothekbank und deren Beziehungen zur Leipziger Bank, welche letztere, wie er darlegt, der Hypothekbank unter ihre Kontrolle nahm und gleichsam mit ihr identisch wurde, denn die Leipziger Bank habe jederzeit die Macht in der Hand gehabt, über Gewährung von Hypotheken mitzugestimmen. Gruer sagt, er habe sich zuletzt vorwiegend mit der Organisation des Verlaufs von Pfandbriefen der Hypothekbank beschäftigt, und als dies beendet war, seine Hauptaufgabe als beendet betrachtet. Junge Dr. Kofke, Direktor der Leipziger Hypothekbank, erklärt, er könne sich bezüglich der März- und Juni-Emissionen im Jahre 1901 nicht erinnern, wer der anregende Teil gewesen sei; er habe

mit Genick darüber Verhandlungen gepflogen, von denen Gern... Ein besonders dringendes Bedürfnis zu den Emissionen lag... wohl aber hatte natürlich die Hypothekendarlei das...

haben, — und er kann ein guter Gesellschaftler sein, wenn er will... aber in dem Augenblick, da er der Camera gegenübertritt, f... stark gerade darauf, als ob er einen Feind einschächtern wolle...

Im Dorfe Guvanzo wurden von 300 Häusern nur 30 verschont, die... anderen wurden teils zerstört, teils baufällig. In der Stadt selbst... hat das Erdbeben verhältnismäßig wenig Schaden angerichtet...

Ruhe Kriegsfriede. Aus London wird berichtet: Diese Nacht... wurden drei eben von der Front zurückgelehrt und entlassene... Soldaten in dem von Southampton kommenden Zuge verhaftet... Sie hatten im Eisenbahnwagen einen Mitreisenden überfallen und... schieflich aus dem Fenster geworfen... Der Mann wurde sterbend... nahe der Bahnhöhle gefunden... Ob Raub oder nur Vandalität vor... liegt, ist noch nicht festgestellt...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des... Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Chlor. Wenn Sie mit dem Abwiegeln des Chlorofalls bes... beschäftigt sind, müssen Sie darauf achten, daß Sie nicht den giftigen... Stäubstaub einatmen oder in die Augen bekommen... Es besteht die Vorschrift, daß beim Baden des Chlorofalls Gummihandschuhe, die an einem... Abzugstrichter befestigt sind und über die Trichter geknüpft werden, zur Verwendung... gelangen... Sollten diese Vorrichtungen fehlen, dann benutzbar sind Sie ent... weder den Beschriftungen des Gewerkschaftsfortalls oder direkt den Gewerbe... Aufsichtsbeamten Ihres Bezirks, deren Wohnung Sie aus dem Verzeichnis... wie aus dem Arbeiter-Kontrollenregister erfahren können... — Wasche, die mit... Chlorofall behandelt und ungenügend gespült wurde, behält ihr recht lange... den charakteristischen Geruch nach Chlor; auch widersteht dann der eingetrocknete... Chlorofall als feiner Staub beim Verspülen der Wasche auf und wirkt gesundheitss... schädlich.

Oberrhein. Die von Ihnen angeführten Gründe berechtigen... nicht zur Eidesverweigerung. Verurteilung gegen die verhängte Strafe ist... unzulässig.

F. S. Rath. Die Einwohnerzahl von Berlin belief sich nach der... Volkszählung vom 2. Dezember 1895 auf 1 677 364 Köpfe, nach der Volks... zählung vom 2. Dezember 1900 auf 1 888 848. Es hat eine ständige Zu... nahme festzustellen.

Z. W. g. Die Nachricht über die Teilnahme der Sozialisten an dem... Festzug war falsch, das Blatt hat diese Meldung auch bereits in einer... späteren sozialer Korrespondenz berichtet.

Konstantinopel. Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und... dem Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung... des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird... (die sogenannte Konkurrenzklause), ist für den Handlungsgehilfen nur so weit... verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen... überschreitet, durch welche eine unbillige Einschränkung des Fortkommens des... Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird... Inwiefern im Einzelfall diese... Grenzen überschritten sind, ist von Fall zu Fall durch das Gericht zu... entscheiden... Es läßt sich deshalb nur raten, zunächst den Chef anzusprechen, daß... Ihr Vorhaben nicht gegen den Vertrag verstoße, eventuell darauf zu... bestehen... Eine Klage, die verlangen würde, daß sich die Beschränkung nur... auf die Provinz oder einen Teil der Provinz beschränke, in der der Chef... wohnt, wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg... Auch erscheint die Kon... ventionalklausel bei weitem zu hoch... Hier ist eine richterliche Ermäßigung zulässig... — H. W. 22. Von der Kläubung ab ist der Mieter verpflichtet, die... Wohnung zwecks Wettervermeidung zu zeigen... In der Zeit, zu der die... Wohnung zu zeigen ist, nichts vereinbart und kommt über die Zeit keine Verein... barung zu Stande, so entscheidet auf Anrufen einer Partei das Gericht, welche Zeit... eine angemessene ist, innerhalb der die Wohnung vorzuzeigen ist... In Berlin wird in... der Regel die Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends als angemessene erachtet... — H. W. C. Derartige gerichtliche Einzelheiten aus dem... dictionarischen Tabellen herauszugeben, erfordert weitausläufige Arbeit... Sie haben das Wörterbuch jetzt in den 141 Bänden der Statistik des Deutschen... Reichs, insbesondere in Band 20 — Litmann N. 100. Ja. — H. W. 30. Versteht Sie der Oberbaurat nicht, so legen Sie sich der Gefahr der... Verschleppung (Dingdauern 3 Monate) aus... Ist der Eid geleistet, so kann der... Versuch zur Veränderung zwar nicht von neuem gemacht werden, eine aber... malige Eidesleistung darf aber erst nach 5 Jahren verlangt werden... Auf das... Wahlrecht ist die Eidesleistung ohne Einfluß... — H. W. Pantow. Rhein... — H. W. 100. Sie wählten zunächst durch Anfragen bei den... Polizeibehörden der Orte, an denen Ihr Mann sich aufhalten hat, die... vereinigten lassen, daß der Aufenthalt Ihres Schwammen unbekannt ist, dann... wird auf Grund dieser Bescheinigungen öffentliche Inhaftung bewilligt... 2. Ja. 3. Rhein. — I. 2. 600. 1. Ja. 2. Das wäre irreführend... Sie können sich... das Unvermögen die Rollen zu tragen, durch den Armen-Kommisions... vornehmer beschleunigen und dann vom Gericht das Armenrecht bewilligen... lassen... Stellen Sie aber vorher Bewährungsfrage an, damit diese rechtzeitig... erfolgt... — H. W. 75. Die betreffenden haben Anspruch auf einen Teil des... Accoids, der Chef hat Ihnen aber wie vordem das Verlangen auszusprechen... — W. N. 1000. Eine Heirat wird in Deutschland nur vor dem Standes... beamten geschlossen... — Karl Robert. Die Antwort läßt sich lediglich... nachschauen... Wegen der Frage, ob eine erlauchte Spernung vorliegt, wenden... Sie sich an den Landrat... — G. D. 100. Das ist uns unbekannt...

Briefkasten der Expedition.

Scheidenshader. Bei N. Nummer in Pankow, Röhrenstr. 30.

Weiter Prognose für Donnerstag, den 17. Juli 1902. Warm und schwül, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Gewitter... neigung und meist schwacher Luftbewegung.

Verhandlungen gepflogen, von denen Gern... Ein besonders dringendes Bedürfnis zu den Emissionen lag... wohl aber hatte natürlich die Hypothekendarlei das...

Veranstaltungen.

Der Verband der Bäcker (Mitgliedschaft Berlin) hielt am... 9. Juli seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab... Nach einem... Vortrag K. Rüstens über Unfall- und Krankenversicherung und... lebhafter Diskussion gab Barth den Stellenbericht vom zweiten... Quartal... Einnahme inkl. des alten Bestandes 2464,74 M., Aus... gabe 2261,49 M., somit bleibt ein Bestand von 203,25 M. Mit... gliederstand 542... Dem Vorsitzenden der Gewerkschaften wurden 10 M. bewilligt... Hierschäftl wurde für Norden, Treher für Osten als... Bezirksobmann gewählt.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher... (Zweigverein Berlin)... Donnerstag, den 17. d. M., abends 10 Uhr, Ver... sammlung, Restaurant Bauer, Westendallee 57.

Verein abhänger Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin... Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminalhallen, Komman... dantenstr. 30, hinterer Saal: Generalversammlung.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen- und Mädchenbildungsverein zu Halber... stadt... besteht seit dem 27. April 1901 und zählt 170 Mitglieder... Seine Einnahmen stellen sich in dem ersten Rechnungsjahr auf... 145 M., seine Ausgaben auf 85 M., so daß ein Kassexzess von... 60 M. verbleibt... Im Laufe des Jahres fanden 11 Versammlungen... statt, welche sich eines guten Besuchs erfreuten... Es ist zu hoffen, daß die Organisation sich auch im neuen Geschäftsjahr gedeihlich... entwickeln wird.

Zum Versammlungsrecht der Frauen. In Elmsborn... wurde eine öffentliche Gewerkschaft-Versammlung aufgelöst... weil eine Frau anwesend war... Eine solche Maßregel gestattet selbst das... reaktionäre preussische Vereinsgesetz nicht.

Internationaler Mädchenhandel. Eine internationale Kon... fferenz, welche auf Veranlassung der französischen Regierung dieser... Tage in Paris zusammentritt, wird sich mit der Frage zu be... schäftigen haben, wie dem schamlosen Treiben jener amerikanischen... Mädchenhändler und -Händlerinnen, die jahraus, jahrein die... europäischen Länder bereisen, um unter falschen Vorwänden... Mädchen aus ihrer Heimat wegzulocken und in amerikanische Bordelle... zu verschleppen, ein Ziel zu setzen sei.

Vermischtes.

Kaiser Wilhelm II. und der Photograph. Der berühmte... Pariser Photograph Nadar erzählt über den deutschen Kaiser das... Folgende, zu seiner Charakteristik nicht ganz Unwesentliche: ... Der Kaiser gestattet dem Photographen niemals, die... Stellung anzugeben oder zu ändern... Ich verhielte es zwei... mal, indem ich einwandelte: „Majestät, das Licht ist nicht gut,... bilden Sie gütigst nach der anderen Seite.“ Aber er erwiderte... jedesmal kurz: „Ich wünsche, daß sie mich gerade so photo... graphieren.“ Auf diese Weise läßt er häufig zwanzig Negative... machen, die alle in einer oder der anderen Beziehung falsch... sind, und er verwirft sie alle... Sie müssen alle im Weissen eines... seiner Offiziere zerbrochen werden, der einen Schein über die Ver... nichtung unterschreibt... Ich hatte das Glück, zwei Bilder zu treffen, die dem Kaiser gefielen, und die er behielt... Er fandte mir die... Bilder und ein ziemlich großes Honorar... Es ist eine Eigentümlichkeit... von ihm, daß ihn nie ein Bild in lässiger Haltung, mit einem... sanften Blick zeigt... Er kann eben noch geplatzt und gelacht...

Ein Feuerbrunn brach gestern in einem Nachbarort von... Schliersee, in Westhofen aus... Die Dorfkirche wurde eingestürzt... und zwei anstoßende Anwesen stark gefährdet... Es scheint jetzt... gelungen, das Feuer auf seinen Ort zu beschränken... Bei den... Rettungsarbeiten wurden der Ortsgeistliche Kooperator Scheidt... hammer und ein Soldat nicht merkblich verletzt.

Mit dem neuen Westlichen Luftschiff ist in London ein... zweiter erfolgreicher Aufstieg im Crystalpalast bei Sydenham un... ternommen worden... Frau Spencer, die Gattin des seinerzeit wohl... bekannten Luftschiffers Spencer, war die einzige Insassin des Luft... schiffes, mit dem sie sich zu einer Höhe von 250 Fuß erhob... 30 Minuten lang mandrierte sie mit ihrem Ballon nach allen Richt... ungen hin, wobei es ihr auch mit Leichtigkeit gelang, den Palast zu... umkreisen.

Zwei eigenartige Unfälle haben sich dieser Tage mit Luftschiffen... ereignet... In Lincoln befand sich der siebenjährige Sohn eines Ballon... Trapezflüglers allein in der Gondel des Luftschiffes, als dieses sich... löst und in die Höhe stieg... Der Ballon landete nach einiger Zeit... und man fand den Knaben unverletzt in der Gondel vor... — Der Luft... schiffer Oswald Fische aus Dresden stieg in Konstanz in seinem Ballon... mit einem Fährer Joseph Leib von Schwalbach (Bez. Wiesbaden) in... die Höhe... Infolge der herrschenden Windstille trieb der Ballon... langsam über die Stadt gegen Meersburg, dann wieder zurück gegen... den Neckinger See... Dem Sinken des Luftschiffes wurde Hilfe... durch wiederholtes Auswerfen von Ballast zu begegnen, doch konnte... er zuletzt nicht hindern, daß der Ballon auf das Wasser... sank... Beide Insassen tauchten zuerst unter, kamen jedoch... wieder an die Oberfläche und hielten sich am Koch fest... bis die Nacht des Königs von Württemberg, der mit drei... Damen, darunter die Königin und Herrn von Gemmingen, in der... Nähe fuhr und die Gefahr bemerkt hatte, zur Hilfeleistung herbeieilte... und zunächst den Leib aufnahm... Kaum war der Ballon in dieser... Weise entlastet, so schwebte er wieder in die Höhe, sank aber... bald wieder... Die Nacht verlor den Ballon, der dann mit... einigen kleinen Schäden zwischen Meersburg und Hagau glänzlich... Land erreichte.

Drahtlose Telegraphie. Der „Agenzia Stefani“ wird aus... Kronstadt von heute gemeldet: Der italienische Kreuzer „Carlo Alberto“... erhalt in der vergangenen Nacht die ersten sehr klaren Depeschen mittels... drahtloser Telegraphie von der Station Toldhu in Cornwallis... Es handelt sich um die ersten Versuche auf einer Entfernung von 1000... englischen Meilen in gerader Linie über Land... Ein der Kuffelung des... Apparate auf dem „Carlo Alberto“ hatte Marconi in Gemeinschaft... mit dem Schiffskapitän Solari zehn Tage lang fast ununterbrochen... gearbeitet... Die Versuche sind von großer Bedeutung, weil ein neuer, vor... zwei Monaten von Marconi erfundener Empfangsapparat versuch... t wurde, der so arbeitet, daß der „Carlo Alberto“ die Depeschen... empfangt, ohne daß es den drahtlosen Stationen an der eng... lischen Küste gelangt, sie abzuhören... Der neue Empfangsapparat... arbeitet noch bei Nacht besser als bei Tage, doch hat Marconi auch... ein Instrument gefunden, das Tag und Nacht gleichmäßig arbeitet... Marconi hat Schritte zur Errichtung einer Station in Italien un... ternommen, die mit England, Kanada, den Vereinigten Staaten und... Südamerika in Verbindung treten soll... Marconi glaubt, daß es ihm... nächstens gelingen wird, um die Erde zu telegraphieren.

Ein Grubenunglück wird abermals aus Amerika gemeldet... In zwei großen Pulverbehältern der Daly West Mine bei Park City... in Utah ereignete sich eine heftige Explosion... Zur Zeit des Unglücks... waren 150 Mann in der Grube beschäftigt... 27 Verletzte und 21 schwer... verletzte Grubenarbeiter sind bereits herausgeschafft... Man fürchtet, der... Brand werde sich auch auf die Ontario-Grube ausdehnen, in welcher... 100 Mann beschäftigt sind.

Heber das Erdbeben in Kleinasien melden türkische Blätter... noch folgende Einzelheiten: Der ungefähre 12 Sekunden währende... Erdstoß rief unter der Bevölkerung Salonichs große Aufregung her... vor... Alles stürzte auf die Straße und brachte die Nacht außerhalb... der Wohnungen zu... In vielen Häusern zeigten sich Risse und... Sprünge... Als nun der Boden am nächsten Tage immer noch... nicht zur Ruhe kommen wollte und das Schwächer, bald... stärker ein unterirdisches Rollen die Stadt erschütterte, wurde... die Bevölkerung von einer wahren Panik ergriffen... Der größte... Teil der Bewohner verließ die Häuser und brachte die Nacht auf den... Friedhöfen zu... Viele, die den wohlhabenden Kreisen angehörten, hatten... auf dem Felde kleine Zelte errichtet, um dort vor Wind und... Wetter Schutz zu finden, und es schien die ganze Stadt mit... ihrer Einwohnerschaft plötzlich in die Felder ver... legt zu sein, während die Straßen Salonichs fast verödet...

Theater. Donnerstag, den 17. Juli. Neues Opern-Theater (Kroll). Das läche Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Wiedererspielhaus: Offenbach's Kultus (Dorothea). — Der Regimentshändler. — Die Panini (wird in der Nacht) Anfang 8 Uhr. Westen. Die Brautlosterle. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. (Monopol-Oper.) Die verkaufte Braut. Anfang 8 Uhr. Neues. Letzte Route. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 8 Uhr. Carl Weick. Der Dämon. Hierauf: Sie. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelm-Städtisches. Der Zeriffene. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Lysistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Eintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Berliner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Invalidentheater. Täglich: Sternwarte.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Passage-Theater. Das glänzende Juli-Programm. Willy Prager. (Prolongiert!) 16 neue erstkl. Nummern. Passage-Panoptikum. Moles Pariser Marionetten-Theater. Das Affenweib. Soejuenger. Tigerknabe. CASTANS Panoptikum. Neu! Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London. Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag. COLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags ab 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 M. v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Morwitz-Oper. Die verkaufte Braut. Kom. Oper in 3 Akten v. Smetana. Nationaltänze von 16 Tänzerinnen. Freitag: Verdi-Cyclus IV. Franc. Prevostil. Der Troubadour. Sonnabend: Fidielo. Sonntag: Franc. Prevostil: Traviata. Apollo-Theater. Um 7 Uhr: Garten-Konzert. Um 8 Uhr: Die grandiosen Spezialitäten. Um 9 Uhr: Paul Lincke's Ausstattungs-Operette: Lysistrata. Kasseneröffnung 7 Uhr. Frübels. Allerlei-Theater. Früher Fahlmann. Schönehauser Allee No. 118. Heute und folgende Tage: Neuer Spielplan. A erul Des Boffschrad: Die Weber. Der trennste Mann. A erul Die Operette: Die Pantomime. Die Kneipe im Monde. Der unvergleichliche Carl Braun und der allberühmte Hugo Schulz. Täglich: Großer Ball. Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf. Sommertheater Marienbad. Badstr. 33/36. Gesundbrunnen. Heute Donnerstag: Extra-Benefiz-Vorstellung f. Waldemar Richardt. Adelaide. Adelaide: Gene Band v. Holzogen. Theater als Gast. Gasthoben: Waldemar Richardt. Franzl: Dr. Richard Wagner. Entree 20 Pf. Benefiz-Tanzkränzchen mit Vorträgen.

Belle-Alliance-Theater. Im Garten auf der Sommerbühne. (Bei unglücklicher Witterung i. Theater.) Zum 201. Male: „Die Dame aus Trouville“. Schwanz mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt. Anfang 8 Uhr. Vor und nach der Vorstellung im Garten: Grosses Konzert. Prater-Theater. Kaffien-Allee 7-9. Täglich: Tausend und eine Nacht. Phantastisches Märchen in 3 Akteil. von Hugo Schulz. Ballettes. Catrini. Kollim-Soubrette Paula Grigatti. Wroteau-Komiker Senor n. Barad. Miss Kitty, Sport-Rt. Barakow-Truppe, Parterre-Krobaten. Mr. Barling, Ieb. Photogaphen. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) Konzert. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. Schweizer Garten. Am Königsthor 42/42. Am Friedrichshalm. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Täglich bis 7 Uhr: Freier Damontanz. Jeden Abend 10 Uhr: Leute von heute. Große Possen mit Gesang und Tanz. W. Noacks Theater. Brunnenstrasse 16. Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Gediegene Gesellschaft. Nur keine Männer! Vorleser mit Gesang und Tanz von Gerick. Im Saal: Tanskränzchen.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Artistischer Leiter: Gust. Bock. Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Wechseldes Programm! Donnerstag: Elite-Tag. Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei unglücklicher Witterung im Saal: Hoffmann's Norddeutsche Sänger und Konzert. Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Voire: Tanskränzchen. Tans frei! Anfang Sonntag 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tageskasse 11-11 1/2 Uhr. Klipperheims Konservatorium. Täglich: Quartett, Quartette.

Ostbahn-Park. Am Küstrinorplatz, Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstr. 58. Täglich: Das großartige neue Programm. Willy Agoston. Berlin auf Stelzen. Kuberden: Konzert, Theater, Spezialitäten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Vorspaarten haben Vorrang. Straßentheater. Im Saal: Ball. Englischer Garten. 27 c. Alexanderstraße 27 c. Jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: 480 Pf. Ball! Entree und Tans frei! Lager- u. Weißbier-Total empfiehlt und bietet um zahlreichen Besuch. Johannes Wojtaszek, 864b. Gneisenaustr. 68. Nühlenstr. Nr. 8. an der Barikauerstr., fud vom 1. Of- tober ab billige Besonnungen von 2 Stunden u. an vernieten. Näheres hierauf beim Verrbeiter. 48263. Alle Wanzen sterben sofort nach Brut durch meinen Wanzenod. in H. 0,50, 1 Pf. — Schwaben, Russen, Franzosen u. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schll. 0,30, 0,60, 1 M. Zahlreiche Anerkennungen. (45888) 1000 Mark Belohnung zähle ich demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein erst bei Hugo Barth, Droguarie, Brunnen- strasse 16, Ecke Veteraniestraste.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Täglich: Der Dämon. Hierauf: Sie. Rechtsens in 1 Akt v. G. Schiller-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. — Im Garten: Neues Spezialitäten-Programm. Anf. 5 1/2 Uhr. — Sonntag nachmittags 5 Uhr: Die Grille.

COLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags ab 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 M. v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Sommertheater Marienbad. Badstr. 33/36. Gesundbrunnen. Heute Donnerstag: Extra-Benefiz-Vorstellung f. Waldemar Richardt. Adelaide. Adelaide: Gene Band v. Holzogen. Theater als Gast. Gasthoben: Waldemar Richardt. Franzl: Dr. Richard Wagner. Entree 20 Pf. Benefiz-Tanzkränzchen mit Vorträgen.

W. Noacks Theater. Brunnenstrasse 16. Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Gediegene Gesellschaft. Nur keine Männer! Vorleser mit Gesang und Tanz von Gerick. Im Saal: Tanskränzchen.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tageskasse 11-11 1/2 Uhr. Klipperheims Konservatorium. Täglich: Quartett, Quartette. Allen Parteigenossen, Freunden sowie meiner werthen Nachbarschaft hiermit zur Kenntnis, daß ich mein 8448 Weis-n. Bayerisch-Bier-Total von Vorklader, 9 nach der Zorn-dorferstraße 8 verlegt habe. Vereins- nummer bis 80 Personen. 8448. Achtungsvoll Otto Franke.

Alle Wanzen sterben sofort nach Brut durch meinen Wanzenod. in H. 0,50, 1 Pf. — Schwaben, Russen, Franzosen u. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schll. 0,30, 0,60, 1 M. Zahlreiche Anerkennungen. (45888) 1000 Mark Belohnung zähle ich demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein erst bei Hugo Barth, Droguarie, Brunnen- strasse 16, Ecke Veteraniestraste.

Achtung! **Töpfer.** **Achtung!**
Freitag, den 18. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal)
Engelstr. 15:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Unsere Stellung zum paritätischen Arbeitsnachweis und unser ferneres Verhalten denen gegenüber, die ungeachtet des veröffentlichten Statuts die Arbeitsvermittlung in anderer Form betreiben.
Der Einberufer: **Alb. Neumann.**

Das Bureau der Filiale Berlin befindet sich nach wie vor Neue Friedrichstr. 20. Telefon-Amt 7 3338.
Bitte alle Mitteilungen dorthin gelangen zu lassen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engelstr. 15, Zimmer 1-5, Telefon Amt 7 Nr. 353.
Donnerstag, 17. Juli, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelstr. 15, Saal 7:

Erweiterte Verwaltungsführung mit sämtlichen Agitationskommissionen und Bezirksleitungen.

Für Vereine.
Empfehle meine sämtlichen Räumlichkeiten bestens, contante Bedingungen.
4870L.
Hr. Richard Wagner, Etablissement "Maricubad", Gesundbrunnen, Badstr. 35/36.

Früh Preuß
74a Bello-Allianzstrasse 74a, Ecke Bergmannstraße, empfiehlt Freunden und Bekannten sein **Weiss- und Bayrisch-Bierlokal** nebst Vereinszimmer für 50 Personen.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, 46420.
Sind noch einige Sonnabende im Monat August u. Anfang September an Vereine, Gewerkschaften zu vergeben.

Neue Welt. Arnold Scholz.

Heute, Donnerstag, den 17. Juli 1902:

Elite-Monstrefenerwerk

Zum Schluss:
Der Brand und die Beschiessung von Heidelberg
ausgeführt durch den Pyrotechniker Herr **Adolf Boek.**

Großes Militär-Konzert

ausgeführt von der Regimentskapelle des 4. Garde-Regiments zu Fuß unter persönlicher Leitung des Königl. Musikdirektoren Herrn **Frs. A. Berger.**

Gala-Specialitäten-Vorstellung.

Sensationelles Specialitäten-Programm Berlin. Im Bal champêtre: **Grosser Sommernachtsball.**
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Eintritt 50 Pf.

Billetts im Vorverkauf a 40 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Allg. Orts-Krankenkasse
für die
vereinigten Gewerbebetriebe
Charlottenburgs.
Auf Antrag verschiedener Delegierten berufen wir hiermit in Gemäßheit des § 51 Absatz 3 des Statuts eine
außerordentliche
General-Versammlung
der
Raffendelegierten

Montag, d. 25. August 1902
fest.

Die Generalversammlung findet im Saale des Volkshauses in Charlottenburg, Rosenthalstr. 3, abends 8 1/2 Uhr, statt, wozu die Delegierten ergeblich eingeladen werden.

- Tagesordnung:
1. Beschlüsse über den Kassenvorstand von Seiten einzelner Beamten.
 2. Beschlußfassung über die Befreiung von Ansprüchen, welche der Rasse durch die statutenwidrige Entlassung von vier Beamten, durch den Vorstehenden erwachsen (§ 55 Abs. 5 des Statuts).
 3. Aenderung des § 37 des Statuts: In § 37 Abs. I an Stelle der Zahl „6“ die Zahl „12“ zu setzen, in Abs. II Zeile 4 an Stelle der Zahl „4“ die Zahl „8“ und Zeile „5“ an Stelle der Zahl „2“ die Zahl „4“ zu setzen.
 4. Renouveau der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder.
 5. Stellungnahme zur Dienstordnung und ihren Ergänzungen vom 11. November 1900.
 6. Berichtlesen.
- Die Delegierten erhalten außerdem eine schriftliche Einladung; dieselbe gilt als Bestätigung zur Teilnahme an der Generalversammlung, doch haben diejenigen keinen Zutritt, deren Mandat erloschen ist, weil entweder die Kassenzugehörigkeit nicht mehr vorhanden ist oder vorübergehend unterbrochen war. 274/4
Charlottenburg, den 15. Juli 1902.
Der Kassenvorstand.
Sogel,
stellvertretender Vorsitzender.

Socialdemokr. Wahlverein
für Reinickendorf u. Umg.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Rauer**
Eduard Funke
am 15. d. Mts. verstorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle des Dortheimsbühlischen Friedhofs, Schamweberstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
223/1
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
(Zentrale Berlin).
Nachruf.
Am Sonntag, den 13. d. Mts., verstarb unser treuer Kollege
Albert Grunenberg
nach kurzem Krankenlager.
Eure seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
863/3

Dankfagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und Kräftigung, insbesondere für die Kräftigung des Verbandes der Rauer Deutschlands, sage ich allen Freunden und Kollegen, welche mir meine Mann 722/2
Karl Gollo
bei der Beerdigung die letzte Ehre erwiesen, meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe **Marie Gollo.**

Allen Parteigenossen und Freunden, sowie den beteiligten Vereinen herzlichen Dank für die bei der Beerdigung des Schloßherren
Ollo Siegerist
bewiesene rege Teilnahme. (4675/3)
Die Hinterbliebenen.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.
Spezialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

!! Achtung, Vereine !!
Wir empfehlen:
Stocklaternen und Fackeln.
Kopfbedeckungen und Schärpen aus Papier, Ballen u. Juglaternen, Luftballons, Dekorationsgürtel aus Papier, Verlosungsbillette zu 10 Pf. 25 Pf., 50 Pf., 1 M. u. Reglerpreise, Hauptgewinne. Für u. Scherzartikel in großer Auswahl. Billigste Preise. Constantes Entgegenkommen.
Pohl & Weber Nachf.
Icht: Neue Jakobstr. 9.
Zweiggeschäft: Alexanderstr. 51/52, I. Etage.
Kataloge gratis und franco.
Verkauf nach außerhalb.

Vereinigung der Maler und verw. Berufsgen.

(Filiale Berlin I.)
Sonnabend, den 19. Juli, in den Räumen des M. Altienschen Etablissements, Berlin S., Hasenheide 13-15:

21. Stiftungs-Fest

bestehend in
Konzert, Sommer-Theater und Specialitäten-Vorstellung.

U. A.: Auftreten des beliebtesten **Berliner Uk-Trios.**
Kasseleröffnung von 2 Uhr an geöffnet. — Programm an der Kontrolle. — Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung um 6 Uhr. — Bei schlechtem Wetter verdeckter Garten. —
Entrée inkl. Tanz 50 Pf. [124/13] **Das Komitee.**

Gelegenheitskauf! Bunte
Mocquettplüsch
u. abgepasste Satteltaschen, einfarbige Plüsch u. Möbelstoffe selten billig!
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefevre Berlin S., Oranienstr. 158.

Achtung! Mitglieder der Freien Volksbühne.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, die in den Zahlstellen ausliegenden Fragebogen betreffs obligatorischer Einführung des Bühnenheftes etc. auszufüllen.

Die Mitgliedskarten der verflochtenen Saison müssen in den Zahlstellen mit einer Erklärung bezüglich weiterer Mitgliedschaft abgegeben werden.
Umschreibungen aus einer Zahlstelle in eine andere müssen in den Monaten Juli und August bewirkt werden.
Die neuen Mitgliedskarten gelangen vom Anfang des Monats August ab zur Ausgabe.
Neuannahmen von Mitgliedern können nur für die neue 13/14. Abteilung erfolgen.
Anmeldungen nehmen alle Zahlstellen entgegen gegen Hinterlegung des Eintrittsgeldes und mindestens eines Beitrags. 229/15
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

„Wanzenfeind in der Flasche“ Preis 50 Pf., 1,00, 1,50.
„Mottenfeind im Beutel“ nur 5 Pf.
„Schwabenfeind im Streu-Turm“ 25 50 Pf., 1,00
Unfehlbar sicher
Allein-Verkauf: **Th. Schmiedel**
Fabrikant Fernspr.: Amt 7a, 6331.
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!
Gesetzlich geschützt!
Neue Königsstr. 53, I. (beim Alexanderpl.)

Preisliste franco. **Cigarren.** Konkurrenzlos billig. **Versand.**
* **Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.** *
100 Stück
London Docks
3,75 Mk.
„Freia“, 11 Mexico, etwa 9 1/2 cm lang, 3,75 Mk. Diese Cigarra wird anderweitig mit 5 Mk. verkauft.
Willy . . . 100 St. 2,40 M. Brillante Felix (kl.) 100 St. 3,25 M. St. Andres, Mexico . . . 5. — M.
Mena Sorta . . . 100 St. 3. — M. St. Felix Brasil . . . 100 St. 4,60 M. Flor de Morado . . . 6,50 M.
El Mundo . . . 100 St. 3,50 M. Fior St. Felix . . . 100 St. 5. — M. Las Dos Naciones . . . 8. — M.
Nicht unter 100 Stück von einer Marke. — 500 Stück portofrei unter Nachnahme.
Nichtconvenientes erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückerstattung des gezahlten Betrages zurück. — Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt.
Czollek & Geballe, Cigarren Berlin, Unter den Linden 20, Hof. I.
Engros im Hause des Hof-Uhrmachers C. Feising.
Telephon Amt 1 502.

Jedes Wort 5 Pfennig. Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restaurant billig veräußert. Näheres bei Walter, Bierabzieher, Cyprianstraße 43. 832/2
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinen Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1177/2
J. Dörge, Treppenstraße 109, Herren-Garderoben nach Maß, saubere Arbeit, großer Stofflager. Paletot 20.—, Anzug 30.—, Haje von 5 Mark an. Kauf bei Handwerker. Besitzt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. 1176/2
Restaurations sofort billig veräußert, voller Schanz, Berlin, wegen Verzug nach außerhalb, Dorotheenstr. 28. 735/2
Materialwaren Geschäft feinst-berühmter billig veräußert Kaufpreis 17. 71/2
Grünfrangeschäft verkauft billig Heroldstraße 11. 771/2
Grünfrangeschäft transaktionsfähig billig zu verkaufen. Geylowskystraße 10. 714/2
Beistehende Hund von 45 Pf. an, acht chinesische Mandarinenbäume. Hund 1,50. Babriklager Wandbergstraße 37, I. 1200/2
Gobelände gebrauchte, Bildhauerstände, Tischlerwerkzeug, billig Otto, Behmstraße 15. 735/2
Kleiderkasten verkauft billig Gutzeit, Bülowstraße 1. 655/2

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437/2
Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Komptoir Kofferstraße 25A, früher Varnumstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. 1197/2
Zwei Mark Herrenhüte Damenkleider, Herrenhosen 3,00. Ausstattungen sowie elegante Reise- und Sportkleider. Siedelstraße 21, Nähe Veltjeplatz. 71/7
Zweiwöchige Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Regulatorien, Lehnstühle, Kleiderstühle 6. Teilzahlungen gestattet. *
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Siedelstraße 4, Bahnhofs Börse. 1117/2
Teppiche mit Gardinenkleidern, Gardinen, Regulatoren, Kleiderstühle, Grobe Frankfurterstraße 9, parterre. 437/2
Verlässliche Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Alles Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 8475/2
Verlässliche Pfänder: Uhren, Ringe, Ketten, Regulatoren spottbillig Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 26/10/2
Nähmaschinen, verlässliche, spottbillig, (Kiesenschwabl) Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 26/10/2
Steppdecken billig! Grobe Frankfurterstraße 9, parterre. 437/2

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte, indolent, nützlich, raumsparend, spottbillig, Köpferstraße 60/61, Wandbergstraße 82. 791/2
Gasofenhaus! Einloch- und Gasofen! 1,00. Dreilochgasofen! 1,50. Dreilochgasofen! 2,00. Gasplätteln! Gasbrenner! Gasbrenner! 8,00. Billig! Wobler, Wandbergstraße 32. 481/2
Fahrräder Fahrradhaus Engelstraße 20, Eingang Grünstraße, verkauft Soloncilus wegen gebrachte sowie ungebrauchte, mit allen Reparaturen versehenen Herren-Fahrräder, Damen-Fahrräder spottbillig.
Wegzugsgehalder sind zu verkaufen: Kleiderständer, Wäschebügel, Nähmaschine, Kommode, Tisch, Stühle usw. Prinzenstraße 24, IV, bei Frey.
Grünfrangeschäft umfährerhalber billig zu verkaufen. Moritzstraße 19. 805/2
Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung, Kurzer, Wandbergstraße 13, 1215/2
Landem verkauft Sievert, Wandbergstraße 45. 71/2
Muffbaum Muffelstiel verkauft! Schauer, Oranienstraße 23. 871/2

Ehrenklärung! Erkläre hiermit Herrn Joch für einen Ehrenmann. Niehoff. 875/2
Rechtbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Katerteilung. Unbenutzten unentgeltlich. 1185/2
Rechtbureau Jabisch, Andreasstraße dreiwöchig. Rechtshilfe, Eingabengeld, Katerteilung. 849/2
Kaufhäuser, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 2542/2
Divulktion! Wer sich über die rechtliche Bewandlung seiner Angelegenheiten nicht verstanden hat, wende sich an den Divulktionen, welche unentgeltlich bewirkt werden vom Berliner Anwaltsverein, Königstraße 108. Um nähere Auskunft wird gebeten. 101/2
Bereitschauer, vier, alte, Josefstraße 119. 1188/2
Bereitschauer, groß, frei, Eintrachtstraße 23, IV. 1210/2
Rechtbureau, Prozeßbeistand, Eingabengeld, Katerteilung, Fall, Baumstraße 10/11. 809/2
Gebäudeversteigerung! Unfallschaden, Rechtsfragen! Katerteilungen, Prinzenstraße 36. 71/2

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Bücher Buchhändler bittet um Arbeit. Stelle werden zu den billigen Preisen gehalten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Dorotheenstraße 27, II. Wäfer.
Stellenangebote.
Tüchtige Fortschmiedin wird sofort verlangt. Raabe, Reichbergerstraße 155. 870/2
Wamsells auf Capes verlangt. Raabe, Reichbergerstraße 155, I. 868/2
Wamsells auf Jodett und Paletots verlangt. Raabe, Reichbergerstraße 155, I. 868/2
Zum Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
Arbeit im Auslande
tüchtigen Vorarbeiter der negativen und positiven Lichtpauspapier und Zeichenpauspapier in besser Qualität erzeugen kann. Ferner einen tüchtigen Vorarbeiter, der Judo und farbige Kopierpapiere (Durchschreibepapiere), Geseppapier und Lichtpauspapier erzeugen kann. Offerten mit Angabe der bisherigen Verwendung und Lohnansprüche unter **K. 3** an die Exp. d. Bl. 4084/2

Leder-Modeller,
welcher auf farbig gebleichte Sachen einwirkt und im Zeichen etwas bewandert ist, per sofort für Wien in angenehme und dauernde Stellung gesucht. 29/13
Off. Offerten mit Gehaltsansprüchen an **G. Fr. Bühler & Co.,** Lederfabrik Wien XIV.
Achtung!
Parkettbodenleger!
Die Firmen **Kampfmeyer, Kuhnert & Kühn, Leibe & Co., Bendix 86hne & Rosenfeld** zahlen wieder den alten Tarif; die noch ausstehenden Firmen werden in den nächsten Tagen auch bewilligt.
86/6 **Die Kommission.**
Bergolder!
Die Expose bei der Firma **Wäntler** ist aufgehoben. (Siehe Gewerkschaftliches.) 226/5
Die Ortsverwaltung.
Achtung! Holzarbeiter!
Selbst sind folgende Werkstätten für Tischler, Maschinenarbeiter und Polierer:
A. Schulz, Krausstr. 18/19.
Emmrich, Dorotheenstr. 33.
Kühnel u. Friedrich, Hofstr. 43.
Kühnel u. Friedrich, Hofstr. 59.
Kühnel u. Friedrich, Waldemarstr. 27.
Kühnel u. Friedrich, Waldemarstr. 27.
83/3 **Die Ortsverwaltung.**